

**Kommunal-
wahl 2020**
Wahlprogramm

Mach mit.

**Entscheide
sozial.**

DIE LINKE.

Programm für ein soziales und ökologisches Nürnberg

Kommunalwahlen Nürnberg 2020

Inhalt

1. Verkehr - sozial und ökologisch gestalten	1	8. Alle Chancen für Kinder und Jugendliche	12
Ausbau des ÖPNV und Senkung der Fahrpreise	1	Gute Betreuung von Anfang an	12
Sicher und umweltbewusst mit dem Rad und zu Fuß	1	Schulbildung	13
Sozialökologisch Planen – Autoverkehr reduzieren	2	Attraktive Kommunen für junge Menschen	13
2. Bezahlbares Wohnen	3	9. Gleichberechtigung leben	13
Alle Mittel nutzen für bezahlbares Wohnen	3	Armut darf nicht weiblich sein	13
Existenzen sichern: Kosten für die Unterkunft der Realität anpassen	4	Paritätische Kommune	14
Kurs ändern: Weg vom Profit - hin zum Gemeinwohl	4	Hilfe für Frauen in Not	14
3. Umwelt: Sozialökologischer Umbau	4	Gelebte Vielfalt	14
Energiewende in Nürnberg: Ökologischen Fußabdruck abschmelzen, nicht das Polareis!	4	10. Migration – Nürnberg für alle, unabhängig von Pass oder Herkunft	15
Klimanotstand	4	Gleiche Rechte für alle	15
Klimaschutz in der Stadt	5	Nürnberg als Sicherer Hafen	15
Nachhaltiger Umgang mit Lebensmitteln	6	Rassismus und Fremdenfeindlichkeit entgegentreten	16
Dem Tierschutz verpflichtet	6	11. Aktiv für Frieden und Menschenrechte	17
Reduzierung von Müll und Kunststoff	7	12. Mehr Raum für Kultur	17
4. Armut aktiv bekämpfen	7	13. Demokratie: Politische Teilhabe stärken und ausbauen	18
Gute Bedingungen am Jobcenter	8	14. Öffentlicher Raum: Freiräume statt Kontrolle	19
5. Gute Arbeit in Nürnberg	8	15. Digitalisierung: Die vernetzte Stadt demokratisch gestalten	19
Betriebsschließungen und Arbeitsplatzabbau	8		
Respekt und Recht auf gute Arbeit	8		
Ökologie und Arbeit	9		
Keine Sonntagsöffnungen und keine verlängerten Öffnungszeiten am Abend	9		
6. Gesundheit: Versorgung für alle, nicht für Profite	9		
Gesundheit ist keine Ware - Privatisierungen stoppen	10		
Gesundheitsversorgung flächendeckend garantieren	10		
Gesundheit barrierefrei gestalten	10		
Für ein Altern in Würde	11		
Drogenpolitik	11		
7. Volle Unterstützung für alte und kranke Menschen sowie Menschen mit Beeinträchtigung	11		
Inklusion und Barrierefreiheit	11		
Eine senior*innenfreundliche Stadt	12		

Liebe Nürnbergerinnen und Nürnberger,

am 15. März 2020 sind in Nürnberg Stadtrats- und Oberbürgermeisterwahlen. Dabei werden die Weichen für die nächsten sechs Jahre gestellt.

Wir stellen in allen Politikbereichen das Gemeinwohl der breiten Gesellschaft vor das Profitinteresse von Wenigen. DIE LINKE ist die Kraft für positive Veränderung. Wir finden uns weder mit Armut, noch mit immer weiter steigenden Mieten, noch mit immer teureren Tickets für Busse und Bahnen ab. Wir stehen konsequent gegen rechte Hetze und für Solidarität ein. In 15 Kapiteln finden Sie zahlreiche konkrete Vorschläge für eine soziale und ökologische Politik in Nürnberg.

Mit einem bunten Team aus allen Teilen der Gesellschaft kandidieren wir in Nürnberg als Liste 13. Gemeinsam möchten wir an die Ergebnisse der vergangenen Landtagswahl (7 %) und Bundestagswahl (10 %) anknüpfen und weiterhin eine zuverlässige Stimme für soziale Gerechtigkeit und eine umweltfreundliche Politik im Nürnberger Stadtrat sein.

Wer möchte, dass soziale und ökologische Themen nach der Wahl nicht unter den Tisch fallen, sollte bei dieser Wahl DIE LINKE unterstützen.

Mit solidarischen Grüßen

Titus Schüller
Stadtrat und weiterer
stv. Bezirkstagspräsident

Özlem Demir
Stadträtin

1. Verkehr - sozial und ökologisch gestalten

Für DIE LINKE ist der öffentliche Nahverkehr (ÖPNV) aus Bussen, Straßenbahnen, U- und S-Bahnen zusammen mit dem Fuß- und Radverkehr der Schlüssel für eine sozialökologische Verkehrswende in Nürnberg. Uns geht es darum, Mobilität unabhängig vom Einkommen für alle zu ermöglichen. Weniger Abgase, Lärm und Platzverbrauch durch parkende und fahrende Autos, mehr Klimaschutz und Sicherheit sind dabei das Ziel. Mit einer echten Verkehrswende werden wir die Lebensqualität für uns alle deutlich steigern. Die Erfahrungswerte in europäischen Städten wie Kopenhagen, Madrid, Oslo und Wien sind dabei beispielgebend. Mobilität ist Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Für Nürnberg fordern wir deshalb nicht nur einen Stopp der Fahrpreiserhöhungen, sondern wir wollen auch ein echtes Sozialticket für Aufstocker*innen, Erwerbslose, Armutsrentner*innen, Schüler*innen, Studierende und Auszubildende zu 15 Euro pro Monat (180 als Jahresticket).

Ab dem Jahr 2021 wollen wir das 365-Euro-Ticket nach dem Wiener Vorbild einführen und langfristig den ÖPNV zum Nulltarif für alle etablieren. Um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen, haben wir das Bürgerbegehren für das 365-Euro-Ticket und ein echtes Sozialticket initiiert.

Gerade die einkommensschwachen Haushalte an den großen Straßen leiden massiv an den Auswirkungen der vielen Autos in Nürnberg. Deshalb wollen wir weniger privaten Autoverkehr, Abgase und Verkehrslärm in der Stadt. Wir lehnen den Ausbau des Frankenschnellwegs entschieden ab. Stattdessen werden wir die finanziellen Mittel für die Umsetzung des Nahverkehrsentwicklungsplans verwenden. Damit in Zukunft die Mobilität aller gewährleistet ist, bedarf es einer deutlichen Stärkung der öffentlichen Verkehrsmittel sowie des Rad- und Fußverkehrs. Umweltfreundliche Verkehrsmittel und Fortbewegung in der Stadt müssen so attraktiv gestaltet werden, dass sie der Nutzung des privaten PKWs überlegen sind. Dazu müssen wir urbane Raumgestaltung sowie moderne Verkehrsplanung neu denken. Unser Ziel ist die Stadt der kurzen Wege. Für Pendler müssen die Park & Ride Angebote ausgebaut werden und die öffentlichen Verkehrsmittel in unmittelbarer Nähe sein. Wir unterstützen die Forderungen des VCD, des ADFC, des Radentscheides 2020, des Bündnisses Fahrpreisstopp und des Bündnisses gegen den Ausbau des Frankenschnellwegs, die für die Nürnberger Verkehrspolitik wertvolle Ideen und fundierte Konzepte haben.

Ausbau des ÖPNV und Senkung der Fahrpreise

Die sozial- ökologische Verkehrswende ist nur über den Ausbau des ÖPNV möglich. Dazu müssen wir deutlich mehr in die Infrastruktur und den Ausbau des Verkehrsnetzes investieren. Der Stärkung des ÖPNV ist daher gegenüber den Maßnahmen für den privaten PKW-Verkehr Vorrang zu gewähren. Ziel muss es sein, den ÖPNV gegenüber dem Autoverkehr attraktiver zu gestalten. Damit alle Bürger*innen diese Angebote auch nutzen können, müssen die Kosten für den öffentlichen Verkehr solidarisch getragen werden. Mit der Individualisierung der Kosten, durch kontinuierlich steigende Ticketpreise, hat die Große Koalition im Nürnberger Rathaus aus SPD und CSU den falschen Weg eingeschlagen. Wir wol-

len eine Abkehr von dieser Politik. Die Mittel dafür stehen zur Verfügung, wenn politisch neue Prioritäten gesetzt werden. Wir schlagen vor: eine Ausweitung der Parkraumbewirtschaftungen, Mehreinnahmen durch mehr VAG-Abonent*innen (gewonnen dank attraktiverer Konditionen), Mittelumschichtung vom Straßenbau hin zum öffentlichen Nahverkehr, Beteiligung der Unternehmen durch eine leichte Anhebung der Gewerbesteuer. Jeder Euro, der als Zuschuss für Busse und Bahnen gezahlt wird, ist eine Investition in eine lebenswerte Stadt.

DIE LINKE setzt sich dafür ein:

Stopp der Fahrpreiserhöhungen sowie ein echtes Sozialticket für 15 Euro im Monat für Aufstocker*innen, Armutsrentner*innen, Erwerbslose, Schüler*innen, Studierende und Auszubildende

Ab 2021 das 365 Euro Ticket nach dem Wiener Modell und langfristig den ÖPNV zum Null-Tarif

Ausbau des Netzes mit mehr Haltestellen und kürzeren Taktungen: Ziel ist mindestens ein 5-Minuten-Takt bei U-Bahnen und mindestens ein 20-Minuten-Takt für S-Bahnen sowie ein 10-Minuten-Takt für Straßenbahnen und Busse

Druck auf Landes- und Bundespolitik, um gesetzliche Grundlagen für Finanzierungsinstrumente wie Nahverkehrsabgabe und City-Maut zu schaffen

Beschleunigung des ÖPNV durch Ampelvorrangschaltungen und eigene Spuren für Straßenbahnen und Busse

Ausbau eines stadtweiten stationsgebundenen Carsharing-, Leifahräder- und Cityrollersystems

Leihsystem für Lastenfahrräder

Aufbau eines smarten Echtzeit-Verkehrsinformationssystems gepaart mit einem vereinfachten Ticketsystem für die kombinierte Nutzung verschiedener Fortbewegungsmittel

Ausbau des Mobilitätsangebotes auch in der Nacht sowie die Einbindung der S-Bahnen in das Nightliner-System

Die Umsetzung des Nahverkehrsentwicklungsplans, vorrangig die Altstadtquerung mit der Straßenbahn

Sicher und umweltbewusst mit dem Rad und zu Fuß

Die nachhaltigste Fortbewegung ist die mit dem Fahrrad und zu Fuß. Sie ist auch die günstigste für die Bürger*innen und die Stadt. Die Kosten für Ausbau und Instandhaltung stehen in keinem Vergleich mit denen des PKW-Verkehrs. Insbesondere dem Radverkehr in Nürnberg muss größere Bedeutung auf dem Weg der CO2-neutralen Fortbewegung beigemessen werden.

Sichere Routen, ein lückenloses Radwegenetz und die aktive Unterstützung der Gemeinschaft für die, die den Umstieg

vom Auto auf das Fahrrad vollziehen, sind deshalb notwendig. Untersuchungen zeigen, dass die aufgewendete Zeit für Mobilität innerhalb der Städte für Fußgänger*innen, Radfahrer*innen und PKW-Fahrer*innen gleich ist. Unterschiede liegen nur in den Entfernungen, die die verschiedenen Verkehrsteilnehmer im Alltag zurücklegen. Die Stadt der kurzen Wege muss daher fester Bestandteil der Nürnberger Stadtplanung werden. In Nürnberg sind nach wie vor die Lücken im Radwegenetz ein großes Problem für die Sicherheit der Radfahrer*innen. Auch sind zugeparkte Radwege und Kreuzungen keine Randerscheinungen, sondern Alltag. Hier hat die Stadt Nachholbedarf in der Verkehrsüberwachung. Nach wie vor sind bauliche Trennungen der Radwege die Ausnahme in Nürnberg. Diese müssen die Regel werden. Dem Rad- und Fußverkehr ist im erweiterten Innenstadtbereich und in Wohngebieten Vorrang gegenüber dem Autoverkehr zu gewähren.

DIE LINKE setzt sich dafür ein:

Kurzfristige Lückenschließung im bestehenden Radwegenetz und mittelfristigen, deutlichen Ausbau, sodass bis zum Ende der Wahlperiode alle Einwohner*innen unmittelbaren Zugang zum Radwegenetz haben

Konsequente Umwidmung von Straßen in Radvorrangstraßen, insbesondere bei Hauptstraßen

Mehr Sicherheit durch bauliche Trennungen und farbliche Markierungen der Radwege in Nürnberg („protected bike lines“)

Überdachte Abstellplätze für Fahrräder in der Nähe großer Haltestellen des ÖPNV, sowie allen kulturellen und öffentlichen Einrichtungen, sowie Aufstockung des Parkraums für Fahrräder im gesamten Stadtgebiet um 1.000 Plätze jährlich

Schaffung sicherer Nebenstraßen für Radfahrer*innen mit einem jährlichen Ausbau um 15 km

Bei Baustellen und Schnee bevorzugte Räumung für Radwege

Schaffung von verkehrsberuhigten Zonen um Schulen herum sowie übersichtliche Gestaltung der Kreuzungen besonders für junge Radfahrer*innen

Vernetzung von Radverkehr und ÖPNV: Möglichkeit der Fahrradmitnahme im ÖPNV ohne zeitliche Beschränkung

Ausbau von Radschnellwegen für Pendler*innen ins und aus dem Umland

Konsequente Verfolgung von Verkehrsdelikten, die Fußgänger*innen und Radfahrer*innen gefährden

Abstimmung der Ampelschaltungen mit Bevorzugung der Fußgänger*innen und Radfahrer*innen in frequentierten Bereichen

Straßenrückbau zugunsten von Spielstraßen, Rad- und Fußwegen

Zweckgebundene Förderung zur Anschaffung von Lastenrädern, Fahrrädern und Fahrradanhängern für Nürnberger Vereine, Zweckgemeinschaften (z.B. Hausgemeinschaften) und gemeinnützige Organisationen

Das Konzept der Stadt der kurzen Wege als fester Bestandteil der Stadtplanung und als zwingendes Kriterium für Vergaben und Baugenehmigungen

Ausbau des Fahrradleihsystems der VAG: mehr Leihräder in allen Stadtteilen, Ausweitung der Flexzone innerhalb des Rings, Einführung der Leihmöglichkeit von Lastenrädern

Sozialökologisch Planen – Autoverkehr reduzieren

In dem Maße, wie wir in den ÖPNV und das Radwegenetz investieren, muss auch der Autoverkehr reduziert werden. Der Umstieg auf E-Autos ist aus Sicht der Umwelt und einer sozial gedachten Mobilität kein zukunftsfähiges Konzept. Es gibt eine Reihe von Möglichkeiten, um die Verkehrswende in Nürnberg voranzubringen und den Autoverkehr zu reduzieren, z.B. Zufahrtsbeschränkungen, Parkraumbewirtschaftung und die Planung autofreier Stadtteile. Städte wie Kopenhagen, Madrid, Oslo und Wien praktizieren dies bereits und können Nürnberg als Vorbild dienen.

DIE LINKE setzt sich dafür ein:

Entschleunigung des Straßenverkehrs durch Tempo 30 km/h, überall dort wo Parkplätze am Fahrbahnrand ausgewiesen sind; Hier besteht eine hohe Gefahrenlage insbesondere für Kinder

Straßenrückbau zugunsten von Spielstraßen, Rad- und Fußwegen

Nach Möglichkeit eigene Bus und Tramspuren

Planung und Umsetzung autoreduzierter Wohngebiete durch Zufahrtsbeschränkungen

Den Stopp des Projekts „Kreuzungsfreier Frankenschnellweg“

Flächendeckende Parkraumbewirtschaftung in ganz Nürnberg zur Entlastung von Wohngebieten durch Parksuchverkehr

Umwidmung von Parkplätzen in Ladezonen für den Lieferverkehr, um das Parken in zweiter Reihe zu reduzieren

2. Bezahlbares Wohnen

Die Mieten in Nürnberg sind in den letzten 10 Jahren im Schnitt um über 40 Prozent gestiegen, bei Neuverträgen sogar um über 50 Prozent. Die Belastung, gemessen am Einkommen in Nürnberg, ist sogar höher als in München: 40% der Bevölkerung geben 30% des Haushaltseinkommens für Wohnkosten aus und knapp ein Viertel der Menschen geben sogar 40% des Haushaltseinkommens für Wohnkosten aus. Auch die Zahl der bei der Stadt gemeldeten Wohnungssuchenden ist mit 8.500 Menschen unglaublich hoch. DIE LINKE setzt sich für bezahlbares Wohnen schon seit über zehn Jahren ein und nicht erst seitdem auch Besserverdienende Probleme haben eine Wohnung finden.

Der Hauptgrund für die steigenden Mieten ist, dass Wohnungen inzwischen wie jede beliebige Ware gehandelt werden und für viele Investor*innen Betongold sind, das möglichst hohen Profit abwerfen soll. Die Gemeinnützigkeit für den Wohnungsbau wurde vor 30 Jahren abgeschafft und die Förderungen für den Sozialen Wohnungsbau heruntergefahren. So ist die Zahl der Sozialwohnungen in Nürnberg von über 65.000 Wohnungen auf 18.000 Wohnungen gesunken. Tausende Nürnberger Wohnungen aus öffentlichem Eigentum, wie zum Beispiel die Wohnungen der GBW (jetzt Dawonia), wurden von Politiker*innen wie Markus Söder (CSU) privatisiert. Zugleich ist die Zahl der Nürnberger*innen deutlich angestiegen. Für DIE LINKE ist Wohnen ein Grundrecht und entsprechend der bayerischen Verfassung eine Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Wir wollen die Wohnungspolitik in Nürnberg grundlegend ändern: Wir unterstützen aktiv das bayerische Volksbegehren 6 Jahre Mietstopp. Ziel ist es, die Mieten für 6 Jahre einzufrieren und einen weiteren massiven Anstieg zu verhindern. Wir setzen uns dafür ein, dass die städtische Wohnungsbau-Gesellschaft wbg, mit ihren über 18.000 Wohnungen, mit gutem Beispiel vorangeht und unverzüglich in ihrem Bestand einen Mietstopp vollzieht. Grundsätzlich wollen wir die wbg auf die Ziele verpflichten, Mietwohnungen für mittlere und untere Einkommen zur Verfügung zu stellen, als faire und soziale Vermieterin aufzutreten und sich daher nicht am immer weiter steigenden Mietenspiegel zu orientieren. Über die wbg, als hundertprozentige Tochter der Stadt, möchten wir steuernd in den Nürnberger Wohnungsmarkt eingreifen, um hohen Mieten entgegenzuwirken.

Städtische Grundstücke wollen wir gezielt der wbg und Genossenschaften zum Bau günstiger Mietwohnungen zur Verfügung stellen. Den Bau von weiteren Eigentumswohnungen durch die städtische wbg lehnen wir ab, da diese für mittlere und untere Einkommensgruppen nicht bezahlbar sind. Auch versteckte Gewinnentnahmen aus der wbg, so wie in der Vergangenheit geschehen, lehnen wir ab. Die Privatisierung von städtischem Grund und Boden durch SPD und CSU, wie zum Beispiel unterhalb der Tafelhalle an die GBW-Dawonia, muss ein Ende haben. Dafür steht DIE LINKE.

Wohnungsbau und Wohnungsverteilung müssen sich nach den sozialen Anforderungen und tatsächlichen Bedürfnissen der Nürnberger Bevölkerung richten. Derzeit leben etwa 4.000 Personen in Nürnberg in massiv zu kleinen Wohnver-

hältnissen, da angemessener Wohnraum entweder nicht vorhanden oder nicht bezahlbar ist. Das ist für uns nicht akzeptabel! Städte wie Wien beweisen, dass es möglich ist, einen Großteil des Wohnungsbestandes zu bezahlbaren Mieten in öffentlicher Hand zu halten. In Nürnberg wollen wir diesen Anteil in den nächsten Jahren deutlich erhöhen.

DIE LINKE setzt sich dafür ein:

Mietstopp für die nächsten sechs Jahre

Begrenzung der Mietbelastung auf maximal 30 Prozent des Haushaltsnettoeinkommens

Vergabep Praxis bei frei finanzierten Wohnungen nach sozialen Gesichtspunkten

Keine Privatisierung von städtischen Wohnungen und städtischem Boden

Ein Bauprogramm der wbg für Auszubildende, Studierende und kinderreiche Familien

Mehr Wohnungen in städtischer Hand

Einrichtung einer Wohnungstauschbörse für öffentliche Wohnungen

Alle Mittel nutzen für bezahlbares Wohnen

Initiativen wie das Berliner Volksbegehren „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ machen es vor: Das Grundgesetz und auch die bayerische Verfassung ermöglichen Enteignungen zum Wohle der Allgemeinheit. Um den bisherigen Missbrauch durch überzogen hohe Mieten zu unterbinden, halten wir dieses Mittel bei großen Immobilienkonzernen für angebracht und setzen uns dafür ein, dass es auch in Bayern Anwendung findet.

Wir fordern ein soziales Bodenrecht, denn 70 Prozent der Baukosten betreffen die Bodenpreise. Ohne Deckelung der Bodenpreise wird es keine wirksame Mietpreisbegrenzung geben. Leistungslose Gewinne aus dem Anstieg der Bodenpreise sind abzuschöpfen und für sozialen, kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbau zu verwenden.

Städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen (SEM) wollen wir aktiv nutzen. Die Schaffung bezahlbaren Wohnraums setzt bezahlbare Bodenpreise voraus. Mit der städtischen Entwicklungsmaßnahme steht der Stadt Nürnberg ein Instrument zur Verfügung, Bodenpreise großflächig einzufrieren, bis in einem sorgfältig vorbereiteten kooperativen Prozess mit der Öffentlichkeit geklärt ist, welche Flächen benötigt und überplant werden. Wir setzen uns für eine Ausweitung der Nutzung dieses Mittels ein, um auch in Nürnberg bezahlbaren Wohnraum in größerem Ausmaß zu schaffen. Entscheidend hierfür ist die frühzeitige und umfassende Einbeziehung der Bevölkerung.

DIE LINKE setzt sich dafür ein:

Beibehaltung und Ausbau bestehender SEM-Projekte

Weitere Einbeziehung der Stadtbevölkerung in diesen Prozess

Wohnbebauung mit bezahlbaren Wohnungen in gemeinwohlorientiertem Eigentum – kein Bau von Eigentumswohnungen

Grün- und Erholungsflächen erhalten

Vorrang für die städtische Daseinsvorsorge gegenüber den Interessen Einzelner

Ausschluss von Spekulation mit Grund und Boden

Steigenden Mieten stadtwweit den Kampf ansagen

Ob Gostenhof, Altstadt oder Nordstadt: Steigende Mieten sind in allen Nürnberger Stadtteilen ein massives Problem. Bisher von SPD und CSU genutzte Instrumente, diesen Prozess zu stoppen und die Bewohner zu schützen, konnten diese Entwicklung nicht aufhalten. Wir wollen Erhaltungssatzungen nutzen und sie auf das gesamte Stadtgebiet anwenden. Die Erhaltungssatzung ermöglicht der Stadt ein Vorkaufsrecht für Wohnungen in den entsprechenden Gebieten. Der Kaufpreis soll sich nicht länger am Verkehrswert, sondern am Ertragswert orientieren. Damit kann der Boden Stück für Stück wieder in die öffentliche Hand überführt werden.

Hohe Mieten, Wohnungsmangel und unsichere Aufenthaltsrechte für Eingewanderte zwingen Menschen auch im reichen Nürnberg zum Leben in Notunterkünften oder auf der Straße. Vor dem Hintergrund der dramatisch steigenden Zahl an Obdach- und Wohnungslosen muss die Stadt Nürnberg endlich gezielt handeln.

DIE LINKE setzt sich dafür ein:

Konsequenterer Umsetzung der Zweckentfremdungssatzung

Nutzung illegaler Ferienwohnungen als reguläre Wohnungen

Nutzung von leerstehenden Wohnungen

Leerstehende Gewerberäume in Wohnraum umwandeln

Keine Zwangsräumungen, die in die Wohnungslosigkeit führen

Unterbringung von Obdachlosen in Massenunterkünften beenden und dezentral organisieren

Existenzen sichern: Kosten für die Unterkunft der Realität anpassen

Menschen, die Transferleistungen erhalten, finden in Nürnberg immer schlechter eine Wohnung. Zuletzt hatte die Stadt Nürnberg vor zwei Jahren am 01. Januar 2018 die Kosten der Unterkunft auf 397 € für Alleinstehende festgesetzt. Das war bereits damals deutlich zu wenig, da auf dem Wohnungsmarkt keine Wohnungen zu diesem Preis angeboten wurden. Eine

Suche in den Immobilienportalen hatte dies aufgezeigt. Deshalb sind mehrere Klagen von Betroffenen gegen die Stadt Nürnberg anhängig. Die Anzahl der zur Verfügung stehenden Wohnungen im Bereich des Richtwertes sinkt stetig.

Das Bundessozialgericht hat im Dezember 2017 geurteilt, dass die Kosten der Unterkunft von den Kommunen regelmäßig nach Ablauf einer Zweijahresfrist zu überprüfen und gegebenenfalls fortzuschreiben sind. Dies hat die Stadt Nürnberg zum 1. Januar 2020 versäumt. Offensichtlich wird hier auf Kosten der Armen gespart. Dies ist gegenüber den Betroffenen grob fahrlässig. In keiner deutschen Großstadt werden so viele Wohnkosten nicht übernommen wie in Nürnberg – im Schnitt pro beziehender Person 25 Euro im Monat. Selbst in den Nachbarstädten Fürth und Erlangen werden höhere Mietkosten von den Ämtern für Erwerblose, Aufstocker*innen und Armutsrentner*innen übernommen.

DIE LINKE setzt sich dafür ein:

Anhebung der Kosten der Unterkunft mindestens auf das Nürnberger Niveau des Wohngeldes (525 Euro für alleinstehende Person)

Jährliche Anpassung der Kosten der Unterkunft

Kurs ändern: Weg vom Profit - hin zum Gemeinwohl

Eine Nürnberger Wohnungspolitik, die tatsächlich dem Anspruch einer sozialen Politik gerecht werden will, muss folgende Prinzipien erfüllen:

Sie muss die Profitlogik im Wohnungsbau überwinden und die Interessen der Bewohner*innen in den Mittelpunkt stellen.

Sie muss darauf abzielen, die hierfür notwendigen Steuerungselemente zu erhalten, auszubauen und gegebenenfalls neu zu schaffen.

Sie muss mit den Mieter*innenvereinen enger zusammenarbeiten, um gezielter gegen steigende Mieten vorgehen zu können.

3. Sozialökologischer Umbau

Hinter allen Forderungen der Partei DIE LINKE steht das Gesamtkonzept des sozialökologischen Umbaus. Die ökologischen Veränderungen müssen sozial gestaltet werden, denn nur wenn sie für alle bezahlbar sind, ist die ökologische Wende politisch und praktisch durchsetzbar. Wir wollen global denken sowie lokal handeln und formulieren eine Zukunftsvision für ein ökologisches Nürnberg.

Energiewende in Nürnberg: Ökologischen Fußabdruck abschmelzen, nicht das Polareis!

Nürnberg verbraucht große Mengen fossiler Energie und endlicher Rohstoffe. Das wollen wir ändern. Gemäß aktuellen Forderungen aus der Umweltbewegung müssen wir bis 2030 voll-

ständig ohne Kohleenergie wirtschaften. Aber auch bei dieser Forderung ist es umstritten, ob damit das 1,5-Grad-Ziel eingehalten werden kann. Das bedeutet für uns in Nürnberg, dass die N-ERGIE unverzüglich aus Kohle- und Atomstrom aussteigen und in einen echten Ökostromanbieter umgewandelt werden muss, der 100% des Stroms aus erneuerbaren Energien erzeugt und in den Ausbau und die Speichertechnologien der erneuerbaren Energien investiert. Da die N-ERGIE weder Kohle- noch Kernkraftwerke betreibt, sondern den Kohle- und Atomstrom einkauft, kann dieses Ziel dadurch erreicht werden, dass Strom nur noch von den echten Ökostromanbietern eingekauft wird, die 100% ihres Stroms aus erneuerbaren Energien erzeugen und ihre Gewinne in den Ausbau und die Speichertechnologien der erneuerbaren Energien investieren.

Die N-ERGIE muss zudem ausreichend PtGANlagen (Power to Gas, Energie zu Gas) aufbauen, damit sie ihre Gas- und Dampfturbinenanlagen Sandreuth und Irsching 5 (Besitz von ca. 25% der Anteile) nachhaltig betreiben kann. Außerdem soll die Erweiterung dieser Kraftwerke um innovative Energiespeicheranlagen - z. B. mit Flüssigsalz - überprüft werden. Die N-ERGIE muss, auch um die Konkurrenzfähigkeit zu erhalten, sogenannte Distributed-Energy-Management-Systeme (DEMS) anbieten, mit Kompatibilität zu den Open-Source-Versionen der Heim-Energie-Management-Systeme (HEMS). Mit diesen intelligenten Systemen kann der Energieverbrauch an die Schwankungen der erneuerbaren Energieträger angepasst werden. In der Wärmeversorgung setzt die N-ERGIE derzeit auf heiße Fernwärme, die durch Heizkraftwerke erzeugt wird. Der Transport hoher Temperaturen über größere Entfernungen ist stark verlustbehaftet. Deswegen wollen wir die Wärmeversorgung auf Nahversorgung durch Blockheizkraftwerke umstellen - von heißer Fernwärme auf sogenannte kalte Nahwärme. Die Energieträger der Blockheizkraftwerke müssen defossilisiert werden, also regenerativ, z. B. durch Methanisierung, hergestellt werden.

Natürlich muss auch der öffentliche Verkehrssektor CO₂-neutral betrieben werden. Deshalb dürfen bei Neuanschaffung von Bussen für die VAG nur noch gasbetriebene Busse gekauft werden, die mit nachhaltig erzeugtem Gas aus Power-to-Gas oder Biogas-Anlagen betankt werden.

Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass die N-ERGIE zu 100% in kommunaler Hand bleibt. Falls der Mitanteilseigner Thüga AG seine Anteile verkauft oder selbst verkauft wird, muss die Stadt Nürnberg sicherstellen, dass auch diese Anteile in kommunaler Hand bleiben.

Wir kämpfen für die Etablierung eines Sozialtarifs für Strom, Wärme und Gas bei der N-ERGIE. Wir fordern eine kommunale Energie- und Wärmeleitplanung. Mit diesem Instrument soll zukünftig sichergestellt werden, dass bei den einzelnen Gebäuden die richtigen Technologien zum Einsatz kommen. Bei Baumaßnahmen muss der Ressourcenverbrauch abnehmen und als Kreislauf organisiert werden. Deshalb kämpfen wir für eine kommunale Ressourcenstrategie.

Die Stadt Nürnberg sowie sämtliche stadt eigenen Betriebe müssen bei ihren Gebäuden massiv den Einbau von Wärmedämmung, erneuerbaren Stromerzeugungs- und Speichersystemen vorantreiben. Langfristig sollen Neubauten als „Aktivhäuser“ geplant werden, die mehr Energie erzeugen als sie verbrauchen. Kommunale Gebäude müssen bei Errichtung und Umbau auf die Eignung zum Einsatz z. B. folgender öko-

logischer Technologien überprüft und bei Eignung entsprechend ausgestattet werden:

- Wärmepumpen
- Solarthermie
- Eisspeicher
- Kleinwindanlagen (z.B. Windwalzen)
- Dachphotovoltaikanlagen
- Vertikalphotovoltaikanlagen
- Power-to-Gas Anlagen mit Wärmerückgewinnung

Die Wohnungen der stadt eigenen Wohnungsbaugesellschaften müssen für die Mieter kostenfrei nach diesen Standards modernisiert bzw. neu gebaut werden. So sparen die Bewohner*innen Nebenkosten. Ebenfalls fordern wir eine verpflichtende Anwendung dieser Standards für alle Neubauten im Stadtgebiet Nürnberg.

DIE LINKE setzt sich dafür ein:

Klimaneutrale Umgestaltung aller Sektoren Nürnbergs bis zum Jahr 2035

Keine Strom- oder Gassperren für Haushalte, sondern ein Energiesozialtarif für Menschen mit geringem Einkommen

Verpflichtung von Gebäudeeigentümer*innen zum Klimaschutz: Baugenehmigungen nur für Gebäude mit Konzepten zur regenerativen Erzeugung von Strom und Heizwärme!

Beschleunigung energetischer Gebäudesanierung und strengere sozialökologische Kriterien für kommunale Fördermittel

Aufbau eines kommunalen Klimaschutzfonds, aus dem die energetische Ertüchtigung von Gebäuden und Anlagen vorfinanziert wird

Den Einsatz nachhaltiger und schadstofffreier Materialien in öffentlichen Gebäuden: Einsatz nur von Produkten, die mit dem „Blauen Engel“ oder höherwertig zertifiziert sind und eine entsprechende Anpassung kommunaler Beschaffungsrichtlinien

Klimanotstand

Wir stehen hinter der Forderung von Fridays For Future in Nürnberg, den Klimanotstand auszurufen und möchten diesen erweitern: Wir fordern, dass Nürnberg den gesamtökologischen Notstand ausruft. Nicht nur der Klimawandel, auch das Artensterben und die Belastung unserer Umwelt durch Schadstoffe haben katastrophale Ausmaße angenommen und es muss sichergestellt werden, dass Klimaschutzmaßnahmen nicht zu Lasten der anderen ökologischen Sektoren und der sozialen Situation gehen.

Diese Notlage muss von der Stadt Nürnberg offiziell anerkannt werden und sie muss sich zum Ziel des Kohleausstiegs bis 2030 und der Klimaneutralität bis 2035 bekennen. Der gesamtökologische Notstand muss zur Folge haben, dass bei sämtlichen kommunalen Entscheidungen diejenige Lösungsmöglichkeit angewandt wird, die den Klimawandel,

das Artensterben und die Vergiftung unserer Welt am stärksten reduziert und die Maßnahmen am sozialsten gestaltet. Die politischen und verwaltungstechnischen Vertreter*innen der Stadt Nürnberg müssen in allen überregionalen und landesweiten Gremien den Klimawandel, das Artensterben und die Vergiftung unserer Welt bekämpfen. Die Kompetenz der Hochschulen und NRO (NGOs) vor Ort muss genutzt werden, um die Lösungen zu erarbeiten. Dazu muss die Stadt Nürnberg ein jeweils nach Stand der Wissenschaft, anerkanntes und aktuelles Verfahren, zur Bewertung des ökologischen und sozialen Fußabdrucks (z. B. Energiebilanz, Flächenverbrauch, Müllvermeidung, Gewässerschutz, Luftreinheit, Schadstoffbelastung, CO₂-Emissionen), für jede Entscheidung oder Maßnahme anwenden. Die Amtsinhaber*innen und Vertreter*innen der Stadt Nürnberg müssen sowohl an den regionalen Hochschulen als auch überregional darauf hinwirken, dass solche Bewertungsverfahren weiterentwickelt und angewandt werden.

Das Budget für das kommunale Energiemanagement muss vervielfacht werden und es müssen deutlich mehr Stellen in diesem Bereich geschaffen werden. Darüber hinaus muss es zu einem kommunalen Umweltmanagement umgestaltet werden, das alle ökologischen Sektoren betrachtet. Die zusätzlichen Stellen sollen den einzelnen Referaten zugeordnet werden, aus denen heraus wirkungsvolle und überprüfbare Umweltschutzmaßnahmen durchgeführt werden müssen.

Klimaschutz in der Stadt

Stadtgrün verbessert das Mikroklima, filtert Luftschadstoffe, schützt vor Lärm, hebt die Lebensqualität der Menschen und bietet Lebensräume für Tiere. Der Temperaturanstieg der Böden und des Grundwassers in den Städten ist eine ernstzunehmende - aber leider vergessene - Bedrohung für das aus Klein- und Kleinstlebewesen bestehende Ökosystem unter der Erdoberfläche. Grünflächen innerhalb der Städte tragen dazu bei, dass die Böden wieder abkühlen können. Auch deshalb müssen wir uns für mehr öffentliche Grünflächen und Stadtbäume einsetzen. Außerdem wollen wir mehr Dächer und Fassaden begrünen. Wir stehen für eine giftfreie und ökologische Pflege der Parkanlagen und für eine vielfältige Bepflanzung mit Blühpflanzen als Nahrungsgrundlage für Insekten. Es dürfen nur pflanzliche Dünger angewandt werden. Frischluftschneisen dürfen nicht zugebaut werden. Zur Pflege der Grünanlagen müssen beim Servicebetrieb öffentlicher Raum mehr Stellen geschaffen werden. Für das Stadtklima sind neben Pflanzen auch oberirdische Gewässer wie Brunnen, Wasserspiele und Bachläufe sehr wichtig. Auch hier muss mehr investiert werden. Außerdem muss ein Konzept zur Bewässerung der Stadtbäume durch Rohrleitungen, die beim Straßenbau verlegt werden sollen, erarbeitet werden. Wir fordern die Auflage eines Neupflanzprogramms für Straßenbäume mit ausreichendem Vegetationsbereich in der Innenstadt und in mit Bäumen unterversorgten Stadtgebieten. Dazu eine verbindliche Baumpflege einschließlich ausreichender Bewässerung und regelmäßiger Kontrolle durch amtliche Stellen. Bereits existierender Baum- und Grünbestand muss unter besseren Schutz gestellt werden. Deshalb muss Paragraph 1 der Baumschutzverordnung der Stadt Nürnberg dahingehend geändert werden, dass ab einem Stammumfang von 80 cm Bäume generell zu erhalten sind.

Bei Wettbewerbsausschreibungen müssen klare Vorgaben zum Erhalt des Baumbestandes gemacht werden. Festgelegte Ausgleichspflanzungen (mit ausreichendem Vegetationsbereich für Sträucher und Bäume) müssen jährlich vor Ort von der Stadt auf sachgemäße Pflege kontrolliert werden. Wir sind für die Festlegung von Ortssatzungen (z. B. für Vorgartenbepflanzungen) und begleitende städtische Grünzüge mit Baumbepflanzung in den Siedlungen. Die Haushaltsmittel für diese Maßnahmen müssen erhöht sowie Fachpersonal für regelmäßige Kontrollen eingestellt werden. Wir brauchen einen „Masterplan Straßenbäume“, wie vom BUND Naturschutz vorgeschlagen.

Ergänzend soll die Stadt Nürnberg auf geeigneten und schadstofffreien städtischen Grünanlagen Obst, Gemüse und Nutzpflanzen anbauen mit kostenloser Nutzung durch die Bevölkerung, zum großen Vorteil für finanziell Benachteiligte. Wir brauchen ein Netz von öffentlichen Trinkwasserstellen für die kostenlose Nutzung durch die Bürger*innen z. B. zum Auffüllen der eigenen Trinkwasserflasche.

Ein Großteil des Nürnberger Reichswaldes besteht aus Nadelbäumen. DIE LINKE will die Umwandlung des Reichswaldes in einen Mischwald, der resistenter gegen den Klimawandel ist. Der Wald muss ebenso ökologisch und pestizidfrei bewirtschaftet werden

DIE LINKE setzt sich dafür ein:

Mehr Personal, insbesondere mehr Landschaftsgärtner*innen und Baumpfleger*innen

Mehr Baumpflanzungen entlang der Hauptverkehrsachsen - Parkanlagen statt Parkplätze

Förderung von Dach- und Fassadenbegrünung sowie Entsiegelung von Innenhöfen

Umwandlung des Reichswaldes in einen Mischwald

Verbannung jeglicher Pestizide und künstlicher Dünger aus den Parkanlagen sowie aus dem Wald

Nachhaltiger Umgang mit Lebensmitteln

Unsere aktuelle Nahrungsmittelerzeugung trägt maßgeblich zur Klimakrise und zum Verlust von Biodiversität bei. Um dieser Entwicklung entgegenzusteuern, wollen wir regionale Nahrungsmittelkreisläufe, biologische Anbaumethoden und artgerechte Tierhaltung in Nürnberg fördern. Außerdem muss das Bildungsangebot zu den Themen Ernährung, Zubereitung, Ressourcenschonung und Nachhaltigkeit an den Bildungseinrichtungen der Stadt Nürnberg deutlich ausgeweitet werden.

DIE LINKE setzt sich dafür ein:

100 Prozent ökologische, saisonale und weitestgehend regionale Verpflegung in städtischen Einrichtungen

Täglich mindestens ein nachhaltiges veganes Gericht in öffentlichen und schulischen Kantinen sowie vollwertige vegetarische Angebote in KITAS und Kindergärten

Unterstützung finanziell Benachteiligter, z.B. durch kostenloses Schulessen

Lebensmittelverschwendung durch Gastronomie und Handel mit höheren Müllabgaben einschränken und so Weiterverwendung stärken

Ausbau der Biolandwirtschaft im Knoblauchsland

Förderung von solidarischen Junglandwirt*innen und solidarischen Landwirtschaften, die ökologisch arbeiten und Nürnberg regional versorgen

Bereitstellung von öffentlichen Flächen zur Erzeugung von Lebensmitteln und zum Urbanen Gartenbau (Urban Gardening)

Förderung von Initiativen zur Essensrettung (Foodsharing)

Ausweitung des Bildungsangebots zur nachhaltigen und gesunden Ernährung

Dem Tierschutz verpflichtet

Das Tierschutzgesetz legt die Verantwortung der Menschen gegenüber dem Leben und Wohlbefinden der Tiere fest. Doch in der Landwirtschaft, bei Tierversuchen und im Zirkus wird das Tierwohl immer wieder unverhältnismäßig zugunsten wirtschaftlicher Interessen vernachlässigt.

DIE LINKE setzt sich dafür ein:

Artgerechte Haltungsbedingungen für Tiere; keine industrielle Massentierhaltung

Stopp der unnötigen Tierversuche am Nürnberger Klinikum und regelmäßige Kontrollen bei der Durchführung von Tierversuchen

Förderung von alternativen Versuchsmethoden, um mittel- bis langfristig Tierversuche überflüssig zu machen

Vegane und vegetarische Alternativen in städtischen Einrichtungen, bei Festen und Veranstaltungen

Reduzierung von Müll und Kunststoff

Deutschland exportiert im Schnitt 1,04 Millionen Tonnen Plastik im Jahr und das vor allem nach Südostasien. Dieser Müll landet dort auf riesigen Mülldeponien, die der Umwelt, den Menschen vor Ort und den Meeren schaden. Wieder einmal müssen die ärmsten Länder wortwörtlich unsere Probleme ausbaden. Um diese Ungerechtigkeit einzuschränken, müssen wir lokal handeln und unseren Plastikkonsum reduzieren. Dabei reicht es aber nicht, die Konsumierenden zum Handeln zu bitten, sondern es braucht auch klare Forderungen an den Staat und die Konzerne. Die Stadt bemüht sich schon in diesem Bereich, allerdings müssen wir als Metropole, die dazu finanziell in der Lage ist, härtere Maßnahmen ergreifen. Ebenso müssen die Einrichtungen der Stadt ein Umweltmanagement betreiben, das der Müllvermeidung und Vermeidung von Schadstoffen Vorrang vor finanziellen Ersparnissen einräumt.

Desweiteren verursacht die Silvesterknallerei in Nürnberg jedes Jahr Unmengen an Abfall und schwere Verletzungen, traumatisierte Haus- und Wildtiere, treibt die ohnehin schon hohen Feinstaubwerte weit über ihre Grenzen und stellt ein ernsthaftes gesundheitliches Problem für Menschen mit Atemwegserkrankungen dar. Private Silvesterfeuerwerke wollen wir flächendeckend verbieten. Die Stadt Nürnberg organisiert stattdessen ein professionelles, zentrales Feuerwerk oder eine Lichterschau.

DIE LINKE setzt sich dafür ein:

Städtische Unterstützung für Unverpacktläden, die ökologische Produkte aus der Region anbieten, mit dem Ziel deren Angebote erschwinglich für alle zu machen und regionale Ansiedlung von Läden dieser Art zu fördern - Plastikfrei darf kein Reichenprivileg sein!

Eine konsequente Abkehr von Wegwerfprodukten in städtischen Einrichtungen und bei städtischen Veranstaltungen

Umfangreichere Studien über den Mikroplastikgehalt und dessen Ursachen in der Pegnitz

Das Recycling von Plastikmüll soll bis 2030 nicht unter einer Quote von 90 Prozent liegen

Eine Abkehr von Kunstrasen auf Sportplätzen (allein Kunstrasenplätze sind für 5 Prozent des deutschen Mikroplastiks verantwortlich)

Nutzung von Papier in städtischen Einrichtungen nur dann, wenn es nötig ist und nur von Papier, das mit dem „blauen Engel“ zertifiziert ist

Mehr Mülleimer und Aschenbecher im öffentlichen Raum

Kostenlose Räumlichkeiten für ein Reparaturcafé in jedem Stadtteil, wo unter anderem bezuschusste Workshops und Bildungsveranstaltungen zu den Themen Wiederverwendung und Reparatur angeboten werden und Gebrauchtwarenstellen zum Tausch oder Handel gebrauchter Gegenstände eingerichtet werden

Prüfung aller juristischen Möglichkeiten, private Silvesterfeuerwerke flächendeckend zu verbieten: Die Stadt Nürnberg organisiert stattdessen ein zentrales Feuerwerk oder eine Lichterschau

4. Armut aktiv bekämpfen

14,3 % der Bevölkerung in Nürnberg lebt in Armut oder ist akut davon bedroht. In den letzten 10 Jahren ist die Armutsquote um 2 Prozentpunkte gestiegen! Die Armen werden ärmer, die Reichen werden reicher. Hohe Mieten und Niedriglöhne drücken immer mehr Menschen in Armut, Einsamkeit und Schulden. Für diese Entwicklung ist die kapitalistische Arbeitsmarkt-, Sozial-, Wirtschafts- und Finanzpolitik verantwortlich.

Armut hat viele Gesichter: Rentner*innen, die sich im Winter zwischen Heizen oder Essen entscheiden müssen, weil ihre Rente nicht für beides reicht; Arbeitnehmer*innen, die so schlecht bezahlt werden, dass sie von ihrem Lohn nicht leben können und mit Hartz-IV aufstocken müssen; Alleinerziehende, die sich die teuren Mieten in Nürnberg nicht leisten können; Langzeiterwerbslose, die immer geringere Chancen auf einen Arbeitsplatz haben. Damit wollen wir uns nicht einfach abfinden. Die menschenwürdige und gleichberechtigte Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben muss im Mittelpunkt der Stadtpolitik stehen. Alle müssen die Unterstützung erhalten, die sie brauchen, um am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.

Gute Bedingungen am Jobcenter

DIE LINKE will grundsätzlich das Hartz-IV-System abschaffen und durch eine sanktionsfreie und armutsfeste Mindestsicherung ersetzen. Bis es soweit ist, wollen wir in Nürnberg alle Spielräume nutzen, um die Situation der Menschen zu verbessern, die auf Sozialleistungen angewiesen sind, wie auch die der Beschäftigten in den Jobcentern. Voraussetzung dafür ist, dass die Mitarbeiter*innen ausreichend Zeit haben und nicht unter dem „Vermittlungsdruck“ stehen, die Arbeitssuchenden um jeden Preis in sinnlose Maßnahmen zu zwingen.

Das Jobcenter muss sich zu einer wirklichen Unterstützungseinrichtung wandeln. Die festgelegten Mietobergrenzen für Menschen in Hartz-IV beziehungsweise Grundsicherung (SGB II-Leistungsbezieher*innen) sind zu niedrig, verursachen Zwangsumzüge und machen Wohnungslose chancenlos bei der Wohnungssuche. Wir treten für eine Erhöhung der Kosten für die Unterkunft um 30 Prozent auf das Niveau des Wohngeldes ein.

DIE LINKE setzt sich dafür ein:

Mehr Stellen im Jobcenter und Absenkung des Betreuungsschlüssels

Mehr Unterstützungsangebote, wie z.B. Hilfe beim Ausfüllen von Anträgen

Fachliche und psychologische Schulung der Mitarbeiter*innen

Keine Androhung und Anwendung von Sanktionen für Hartz-IV-Empfänger*innen

Keine Sperrungen oder Zwangsumzüge

Keine Abschaltungen von Strom oder Gas durch die N-ERGIE

Einbezug der tatsächlichen Stromkosten in die „Kosten der Unterkunft“ und Erhöhung der Mietobergrenzen um mindestens 30%

Individuelle Fortbildungen und keine Vermittlung in Leiharbeitsfirmen

Kostenloses Internet, Drucker und Kopierer in jedem Jobcenter

Einrichtung einer unabhängigen Clearingstelle als Ansprechpartnerin bei Problemen mit Sozialleistungen

Bei Besetzung der Clearingstelle: Vorschlagsrecht von Gewerkschaften und Sozialverbänden

Ausbau von unabhängigen, kommunal finanzierten Sozialberatungsstellen (Mo. - Fr. mit mehreren Sozialberater*innen)

5. Gute Arbeit in Nürnberg

Wenige werden immer reicher, während sich viele Menschen für niedrige Löhne abrackern und kaum noch bezahlbaren Wohnraum finden. In den Krankenhäusern und Pflegeheimen fehlen Pflegekräfte, an den Schulen Lehrer*innen. DIE LINKE kämpft für die Interessen der großen Mehrheit der Bevölkerung, die auf den Lohn aus Arbeit angewiesen ist und nicht von ihrem Vermögen lebt.

Betriebsschließungen und Arbeitsplatzabbau

DIE LINKE erklärt sich solidarisch mit den Beschäftigten, die von Massenentlassungen und Arbeitsplatzabbau betroffen sind. Wir unterstützen Betriebsrät*innen und Gewerkschaften, die gegen Personalabbau und Werksschließungen bei Prinovis, Kaufhof/Karstadt, Schwan Stabilo, Trafo Werk, Bosch, Aptiv,... kämpfen und fordern die Stadt Nürnberg auf, die soziale Verantwortung der Unternehmen einzufordern und die von Arbeitslosigkeit Betroffenen mit folgenden Maßnahmen zu unterstützen:

DIE LINKE setzt sich dafür ein:

Erhalt, Finanzierung und Ausbau von Transfer- und Qualifizierungsmaßnahmen

Qualifizierungsmaßnahmen über die Arbeitsagentur an denen die Stadt beteiligt ist, zur wirklichen beruflichen Qualifikation mit Abschluss (IHK, HWK und andere) und keine sinnlosen Bewerbungstrainings

TH Nürnberg und neue TU Nürnberg: Ansiedlung von Lehrstühlen im Bereich der Forschung (Folgen der Digitalisierung und Mobilitätswandel)

Rückzahlung von Subventionen bei Arbeitsplatzabbau

Respekt und Recht auf gute Arbeit

Der Niedriglohnssektor wächst und Leiharbeit und Werkverträge nehmen überhand. Als Folge davon können sich gerade in den Städten immer mehr Menschen bei steigenden Mieten ihre Wohnungen nicht mehr leisten, von Urlaub ganz zu schweigen. Durch dieses Lohndumping maximieren Unternehmen ihre Profite – die sozialen Folgekosten trägt die öffentliche Hand, und zwar durch aufstockende ALG-Leistungen, später dann durch Grundsicherung im Alter. Die Stadt

Nürnberg muss auch deshalb zum Vorreiter im Kampf gegen Niedriglöhne, Tariffucht und Befristungen werden. In den städtischen Betrieben, beispielsweise bei den Reinigungskräften, der Müllabfuhr, bei der Sozialen Arbeit, in den Kitas und in der Pflege müssen Tariflöhne – ohne Wenn und Aber – gezahlt werden.

Wir werden uns weiterhin auf allen Ebenen für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von wenigstens 13 Euro einsetzen. Die Stadt Nürnberg muss als Arbeitgeberin mit gutem Beispiel vorangehen: Wo die Stadt selbst Arbeitgeberin ist, muss die Bezahlung nach Tarif und eine unbefristete Beschäftigung Pflicht sein. Statt Niedriglöhnen in unteren Entgeltgruppen wollen wir 15 Euro Mindestvergütung für kommunale Beschäftigte. Diese Kriterien wollen wir nicht nur bei der Auftragsvergabe ansetzen, sondern auch bei der Gewerbeflächenvergabe.

Für alle Dozent*innen am Bildungszentrum Nürnberg fordern wir einen gerechten Lohn von mindestens 35 Euro pro Stunde sowie einen Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung. Viele Dozent*innen, die am Bildungszentrum beschäftigt sind, leben ausschließlich von dieser Arbeit und schultern einen Großteil des Kursangebots. Sie werden jedoch auf freiberuflicher Basis angestellt und erhalten lediglich für die tatsächlich gehaltenen Stunden ihren Lohn, kennen kein Urlaubs- und Weihnachtsgeld und müssen sich selbst versichern. Solche prekären Bedingungen lehnen wir ab!

Bei öffentlichen Aufträgen ist darauf zu achten, dass diese ausschließlich an Unternehmen vergeben werden, die ihrer sozialen Verantwortung gerecht werden, also tariflich bezahlen, betriebliche Mitbestimmung ermöglichen und in ihren Betrieben ausbilden. Auch ökologische Gesichtspunkte sind dabei immer miteinzubeziehen. Wir setzen uns dafür ein, dass „Gute Arbeit“ zum Leitmotiv der Nürnberger Wirtschaftspolitik wird.

DIE LINKE setzt sich dafür ein:

Tariflöhne und unbefristete Verträge für alle Beschäftigten der Stadt

Keine Auslagerung von kommunalen Aufgaben an private Subunternehmer

Mindestvergütung von 15 Euro für kommunale Beschäftigte

Honorar von mind. 35 Euro/Stunde plus Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung für die Dozent*innen am Bildungszentrum

Gültigkeit der oben genannten Kriterien bei Auftragsvergabe und Gewerbeflächenvergabe

Ökologie und Arbeit

Wir stehen für regionale Wirtschaftskreisläufe. Wir wollen eine ökologische und ressourcenschonende Produktion von Gütern vor Ort, statt langer Anfahrtswege und Ausbeutung von Menschen und Natur. Deshalb hat die Stadt Nürnberg bei der Beschaffung vorrangig auf regionale, saisonale und ökologische Erzeugung und Produktion aus Betrieben mit tariflicher und sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung zu achten. Das europäische bzw. deutsche Vergaberecht, das

auch bei kommunalen Auftragsvergaben dazu führen kann, dass ein Auftrag eben nicht an regionale und ökologische Betriebe vergeben wird, gründet sich auf die neoliberale Ideologie der unsichtbaren Hand des Marktes, die jedoch durch die Realität widerlegt ist. Darauf sollte auch auf kommunaler Ebene stets hingewiesen werden, besonders wenn sich Mandatsträger*innen über das Vergaberecht beschweren, deren Parteien den wirtschaftlichen Wettbewerb als Glaubenssatz vor sich hertragen.

Keine Sonntagsöffnungen und keine verlängerten Öffnungszeiten am Abend

Zu den Bedingungen „Guter Arbeit“ gehören ebenso sämtliche Arbeitsschutzbestimmungen, z. B. auch die Regelungen der Arbeitszeit und insbesondere der Sonn- und Feiertagschutz, der sogar grundgesetzlich geregelt ist. Wir kämpfen dafür, dass das Bundesverfassungsgerichtsurteil von 2009 zum Sonn- und Feiertagschutz eingehalten wird, weil der Sonntag vor Wirtschaftsinteressen steht. Zusätzlich wird durch verlängerte Öffnungszeiten und Sonntagsöffnungen die Arbeitsbelastung auf sieben Tage die Woche ausgeweitet. DIE LINKE setzt sich zusammen mit der Nürnberger Allianz für den freien Sonntag gegen die, in der Regel rechts- und verfassungswidrigen, verkaufsoffenen Sonntage ein und gegen jede Aufweichung der Ladenschlussgesetze. Der Druck der Unternehmensverbände, der reinen Profitinteressen dient, darf den Arbeitnehmer*innenschutz nicht noch weiter zurückdrängen.

6. Gesundheit: Versorgung für alle, nicht für Profite

Ob im Krankenhaus, in der medizinischen Versorgung vor Ort, in der Geburtshilfe oder Altenpflege - ein qualitativ hochwertiges und bedarfsgerechtes Gesundheitssystem für alle sollte eigentlich zur selbstverständlichen kommunalen Grundversorgung dazugehören. Die öffentliche Gesundheitsversorgung sollte das individuelle Wohl der Patient*innen im Auge haben - ungeachtet von Einkommen, Alter, Herkunft oder Diagnose. Auch in Nürnberg entfernt sich die Gesundheitsversorgung immer weiter von diesem Anspruch. Immer mehr Bereiche der Grundversorgung werden einer profitorientierten Marktlogik unterworfen. Einsparungen und Leistungskürzungen auf Kosten der Patient*innen und der im Gesundheitsbereich Beschäftigten sind die Folge. Der ökonomische Druck auf das Gesundheitssystem und Leistungsunterschiede für Privat- und Kassenpatient*innen führen zunehmend zu einer Zwei-Klassen-Medizin. Menschen mit geringem Einkommen und Bildungshintergrund werden zunehmend von der medizinischen Versorgung und Pflege ausgeschlossen. Wir wollen diesem Trend durch eine umfassende kommunale Gesundheitsplanung für Nürnberg, zusammen mit Landesregierung, Kassenärzt*innen, Krankenhausträger*innen und Vertreter*innen von Patient*innen und Personal, entgegenwirken. Unser Ziel ist ein städtisches Gesundheitssystem, in dem die stationäre Versorgung mit ausreichend Personal ausgestattet und der bedarfsgerechte Zugang zu ambulanten medizinischen Angeboten in der Nähe des Wohnortes sichergestellt ist; sowie ein umfassendes Unterstützungsangebot für Menschen mit besonderen Gesundheitsrisiken in

allen Stadtteilen.

Die „Krankenhäuser Nürnberger Land GmbH“ ist eine vollständige Tochter des Nürnberger Klinikums. Unter dieser Verwaltung aus Nürnberg heraus wurde entschieden, das Krankenhaus Hersbruck zu schließen. Diese Maßnahme hat die Gesundheitsversorgung im Nürnberger Land deutlich verschlechtert und die Rettungswege unverantwortlich verlängert. DIE LINKE steht für eine dezentrale und flächendeckende Gesundheitsversorgung – auch auf dem Land. Daher kämpfen wir im Nürnberger Stadtrat für die Wiedereröffnung eines Krankenhauses in Hersbruck.

Außerdem muss eine flächendeckende Versorgung mit Herzkatheterstationen sichergestellt sein. Das bedeutet, dass jede Klinik und besonders jede Klinik der „Krankenhäuser Nürnberger Land GmbH“ eine solche Station haben muss.

Gesundheit ist keine Ware - Privatisierungen stoppen

Wir wollen eine Gesundheitsversorgung, die sich am Patient*innenwohl orientiert und nicht an der Marktlogik. Dafür wollen wir das Klinikum Nürnberg in öffentlicher Hand erhalten.

DIE LINKE setzt sich dafür ein:

Rückführung des Klinikums Nürnberg in städtische Eigenbetriebe

Einsatz von Berater*innenfirmen zur kommerziellen Ausrichtung der Gesundheitseinrichtungen stoppen

Erstellung eines nachhaltigen, am Patient*innenbedürfnis orientierten Gesamtkonzepts für das Klinikum Nürnberg unter Beteiligung des Personals

Rückführung der ausgegliederten Bereiche (Empfang, Küche, Näherei, Wäscherei, Materialwirtschaft, Sterilgutversorgung, Transportdienst und Reinigungsservice) in den Klinikbereich und Verhinderung weiterer Ausgliederungen.

Mehr Personal für eine gute Pflege

Für eine gute Pflege und medizinische Versorgung braucht es gute Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten - von der Reinigungskraft bis zur Chefärzt*in. Die gesetzliche Finanzierung der Krankenhäuser zielt auf eine Leistungsausweitung ab. Mit möglichst wenig Personal sollen möglichst viele Patient*innen in kurzer Zeit behandelt werden. Wir wollen einen Rahmen für alle Beschäftigtengruppen im Krankenhaus (Pflege, Hebammen, Ärzt*innen, Hauswirtschaft, Reinigung, usw.) schaffen, der gute Arbeits-, Ausbildungs- und Lebensbedingungen ermöglicht. Eine Steigerung der Attraktivität von Pflegeberufen führt nicht nur zu zufriedenerem Personal, sondern auch zur Steigerung der Versorgungsqualität der Patient*innen in den städtischen Kliniken.

DIE LINKE setzt sich dafür ein:

200 neue Pflegestellen als Sofortprogramm für das Klinikum Nürnberg

Personalbemessungsregelung in den städtischen Einrich-

tungen, die sich am tatsächlichen Pflegeaufwand orientieren, wie es das Volksbegehren „Stoppt den Pflegenotstand an Bayerns Krankenhäusern“ gefordert hat

Einführung von Personalwohnungen über die städtische Wohnungsbaugesellschaft, insbesondere für Auszubildende in den Gesundheitsberufen

Ausbau der betrieblichen Gesundheitsförderung und Förderung altersgerechten Arbeitens

Qualitätsverbesserung und Aufstockung der Ausbildungsplätze in allen Gesundheitsberufen

Gesundheitsversorgung flächendeckend garantieren

Wir benötigen eine engmaschige medizinische Versorgung und Pflege, damit sie für Bedürftige leicht erreichbar ist. Dazu braucht es den Ausbau eines dezentralen, wohnortnahen, inklusiven und umfassenden ambulanten Versorgungsnetzes für alle Bevölkerungsschichten. Ein solcher Ausbau würde auch überfüllten Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen und langen Wartezeiten vorbeugen. Wir wollen eine stadtteilbezogene Gesundheitsplanung einrichten und die unterschiedlichen Versorgungsstrukturen in der Stadt angleichen.

DIE LINKE setzt sich dafür ein:

Bedarfsgerechte Verteilung der hausärztlichen Versorgung in den Stadtteilen durch Schaffung barrierefreier Gesundheitszentren in den nächsten sechs Jahren

Schaffung kommunaler Gesundheitszentren, die alle Fachrichtungen der ambulanten Medizin vollständig abdecken

Einrichtung kommunaler Geburtshäuser

Gesundheit barrierefrei gestalten

Alle, die hier leben, haben einen gleichberechtigten Zugang zu unserem Gesundheitssystem verdient. Armut, unsicherer Aufenthaltsstatus, körperliche oder geistige Einschränkungen, psychische oder Suchterkrankungen sind besondere Risikofaktoren für die individuelle Gesundheit. Gleichzeitig werden Menschen mit diesen Problematiken durch das bestehende Gesundheitssystem besonders ausgegrenzt. Wir wollen das städtische Gesundheitswesen von Barrieren für die Betroffenen befreien und das bestehende Hilfs- und Unterstützungsangebot diskriminierungsfrei ausweiten.

DIE LINKE setzt sich dafür ein:

Barrierefreie Gestaltung von Arztpraxen, Krankenhäusern und Einrichtungen der Altenhilfe

Ausweitung der ambulanten Versorgung durch sozialpsychiatrische Dienste und betreutes Einzelwohnen für Menschen mit psychiatrischen Erkrankungen

Einrichtung von geschützten „Druckräumen“, wo der Konsum von Suchtkranken unter ärztlicher Aufsicht mit kontrollierten Substanzen und sterilem Infusionsbesteck erfolgen kann

ein umfassendes, öffentlich getragenes kommunales Versorgungsangebot für Nürnberger*innen ohne Versicherungsschutz

Für ein Altern in Würde

Die Ökonomisierung des Gesundheitswesens macht sich insbesondere in der Altenpflege bemerkbar. Während sich derzeit nur ca. sechs Prozent aller Pflegeplätze in öffentlicher Hand befinden, kaufen sich Investor*innen in Einrichtungen ein und richten sie auf Profitschöpfung aus. Um älteren Menschen eine qualitativ hochwertige und würdevolle Versorgung zu gewährleisten, wollen wir die kommunale Versorgungsstruktur NürnbergStift ausbauen. Eine gute ambulante Versorgung in den Stadtvierteln und die Einrichtung alternativer Wohnkonzepte sollen in der Bau- und Stadtplanung berücksichtigt werden.

DIE LINKE setzt sich dafür ein:

- Ausbau der städtischen Pflegestruktur
- Städtische Personalvorgaben beim Pflegepersonal
- Qualitätsverbesserung in der stationären Altenpflege
- Alternative Wohnkonzepte für ältere Menschen

Drogenpolitik

DIE LINKE verfolgt eine Drogenpolitik, die Konsument*innen nicht stigmatisiert und kriminalisiert, die auf unwirksame und unnötige Verfolgung von Drogengebrauch verzichtet und stattdessen auf Aufklärung über Konsumrisiken, Prävention und Gesundheitsschutz für Menschen setzt.

Suchtkranke bedürfen der Hilfe durch die Gesellschaft. Deshalb unterstützen wir die Arbeit der Hilfseinrichtungen wie „Mudra“, der „Hängematte“, „Lilith e.V.“ oder der Stadtmission. Sie leisten Betroffenen dringend notwendige Hilfe, ebenso ist ihr Engagement in der Präventionsarbeit zu würdigen und zu unterstützen. Die Unterstützung dieser Einrichtungen durch die Stadt möchten wir erweitern. Dazu gehören insbesondere das „Drug-Checking“ als Teil der Präventionsarbeit und Drogenkonsumräume zur besseren Betreuung von Suchtkranken. Es gibt zahlreiche erprobte Konzepte und Maßnahmen, die die Arbeit mit Suchtkranken und die Präventionsarbeit verbessern. Viele dieser Ideen können aber aufgrund von Ressourcenknappheit in den Einrichtungen und Blockaden insbesondere durch die Staatsregierung und die CSU nicht umgesetzt werden. Dies wollen wir ändern.

DIE LINKE setzt sich dafür ein:

- Aufstockung der Mittel durch die Stadt für Aufklärungsprojekte und Hilfseinrichtungen mit dem Ziel, das Angebot deutlich auszubauen
- Zulassung von „Drugchecking“ als Teil der Präventionsarbeit und Schaffung von Drogenkonsumräumen für Suchtkranke

Ein Projekt zur besseren Zusammenarbeit von sozialen und medizinischen Einrichtungen, den Sicherheitsbehörden und der Stadtverwaltung

7. Volle Unterstützung für alte und kranke Menschen sowie Menschen mit Beeinträchtigung

Wichtig ist für uns, dass sich Menschen mit Beeinträchtigung, kranke Menschen und Menschen im Alter immer als Teil unserer Gesellschaft verstehen.

Inklusion und Barrierefreiheit

Inklusion bedeutet für uns die Wertschätzung der Vielfalt aller Mitglieder unserer Gesellschaft und die Möglichkeit der aktiven Teilhabe aller, unabhängig von Alter, Beeinträchtigung, Religion, Herkunft, Geschlecht oder sexueller Orientierung. Nach der Konvention der Vereinten Nationen für die Rechte der Menschen mit Behinderungen, ist der Begriff der Inklusion etwas enger gefasst: Er ist eine Querschnittsaufgabe für unsere Gesellschaft, Menschen mit Beeinträchtigung die gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe an unserer Gesellschaft zu ermöglichen, indem Hindernisse erkannt und beseitigt werden. Wir wollen den gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne Beeinträchtigung, die uneingeschränkte Zugänglichkeit zu öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen des ÖPNV, aber auch eine Barrierefreiheit des öffentlichen Internet-Auftritts und von Informationen im kommunalen Kontext. Wir wollen den gleichen Zugang zu Arbeit und Ausbildung und wir wollen, dass alle Menschen ein selbstbestimmtes Leben führen können. In enger Zusammenarbeit mit dem Behindertenrat Nürnberg müssen so schnellstmöglich die UN-Konventionen umgesetzt werden. Dazu gehört auch, dass Menschen mit Beeinträchtigung beim Bau von Wohnungen stärker berücksichtigt werden und ausreichend neue Wohnungen barrierefrei gebaut werden. Um die Bedürfnisse von Menschen mit Beeinträchtigung besser umsetzen zu können, ist ein weitgreifendes Mitspracherecht notwendig. Der Behindertenrat der Stadt Nürnberg leistet hier bereits gute Arbeit. Um die Forderungen des Behindertenrates jedoch effektiv umsetzen zu können, sollte dieser in seinen Möglichkeiten dem Integrationsrat gleichgesetzt werden.

DIE LINKE setzt sich dafür ein:

- Inklusive Schulen, die durch bauliche und personelle Gegebenheiten eine Teilhabe von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Beeinträchtigung ermöglichen
- Barrierefreier Ausbau städtischer Gebäude und Informationsangebote
- Gleicher Zugang zum Arbeitsmarkt für Menschen mit Beeinträchtigung
- Ausbau barrierefreier Wohnungen
- Schaffung eines barrierefreien ÖPNV

Gleichsetzung von Behindertenrat und Integrationsrat

Eine senior*innenfreundliche Stadt

Wir wollen auch im Alter und auch mit Beeinträchtigungen gut in unserer Stadt leben können. Die Stadt Nürnberg sollte Bürger*innen beratend und unterstützend zur Seite stehen, wenn es darum geht Barrieren abzubauen. Menschen sollen möglichst lange selbstbestimmt und dabei möglichst selbstständig in ihrem gewohnten Wohnumfeld bleiben können. Alle Menschen fühlen sich in ihrem Wohnumfeld dann wohl, wenn sie dort viele Angebote vorfinden, die ihren individuellen Bedürfnissen entsprechen. Insbesondere Mehrgenerationenhäuser, als wichtigen Ort des Austausches und der gegenseitigen Hilfe, wollen wir ausbauen und fördern. Infrastruktur zur Grundversorgung muss wohnortnah und bestenfalls fußläufig erreichbar sein. Wo dies nicht gelingt, ist eine gute Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr unerlässlich. Wir wollen verstärkt Freizeitangebote für Senior*innen schaffen. Die Stadt Nürnberg soll Sportangebote für ältere Menschen ebenso wie kulturelle Angebote entsprechend fördern, sodass diese auch für Menschen mit geringer Rente zugänglich sind.

DIE LINKE setzt sich dafür ein:

Ein möglichst selbstbestimmtes Leben durch einen längstmöglichen Verbleib im gewohnten Wohnumfeld

Schaffung von Mehrgenerationenhäusern für ein besseres Miteinander von Jung und Alt

Eine Stadt der kurzen Wege

Eine flächendeckend gute Anbindung an den ÖPNV

Freizeitangebote für Senior*innen auch mit geringer Rente

8. Alle Chancen für Kinder und Jugendliche

In der Kindheit werden die Weichen für das Erwachsenenleben gestellt. Viel zu oft hängen hierzulande diese Weichen vom Geldbeutel der Eltern ab. In Nürnberg ist dies sogar überdurchschnittlich oft der Fall. Der Familienbericht der Stadt zeigt, dass mit 18,2% fast jede*r fünfte (bundesweit jede*r sechste) der unter 18-jährigen von Hartz-IV lebt. Bei den Kindern Alleinerziehender sind es sogar 40%. Dies hat zur Folge, dass für betroffene Kinder und Jugendliche in allen Lebensbereichen Nachteile entstehen und eine gleichberechtigte Teilhabe nahezu unmöglich ist. Sowohl die Bildung als auch die Gesundheit und die Teilhabe am kulturellen Leben leiden unter der Armutssituation. Auch Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund müssen Nachteile ertragen, da aufgrund mangelnder Förderung, besonders im sprachlichen Bereich, eine gleichberechtigte Teilhabe und insbesondere höhere Schulabschlüsse überdurchschnittlich oft nicht möglich sind. Dies gilt auch für Kinder und Jugendliche mit Behinderung, die bei der Kita- und Schulwahl benachteiligt werden, da es keine flächendeckenden Inklusionsangebote gibt.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass alle Kinder und Jugendlichen, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern, von Herkunft, Religion oder Behinderung gleichberechtigt teilhaben können und keine Benachteiligung erfahren.

Gute Betreuung von Anfang an

Die frühkindliche Prägung und Bildung ist der Schlüssel für ein glückliches Leben und eine aktive Teilhabe an der Gesellschaft im Erwachsenenalter. Von klein auf müssen daher Krippen, Kitas, Grundschulen und Horte darauf ausgelegt sein, allen Kindern einen guten Start zu ermöglichen. Dazu ist es notwendig, allen Eltern den Zugang zu den Einrichtungen zu ermöglichen. Eine wohnortnahe Versorgung ist jedoch bei den Krippen, Kitas und Horten nicht flächendeckend gegeben. Aus diesem Grund ist bei der Stadtplanung der Bau von Kindertageseinrichtungen zu berücksichtigen, und bereits bestehende Strukturen sind deutlich auszubauen. Grundsätzlich setzen wir uns dafür ein, dass die Kosten für die Kinderbetreuung nicht von den Eltern zu tragen sind, um allen Kindern, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern, die gleichen Möglichkeiten zu bieten. Um alle Kinder nach Bedarf zu fördern, ist es zudem notwendig, qualifiziertes Personal für Inklusionsaufgaben und für die sprachliche Förderung einzustellen, sodass die Teams in den Einrichtungen flächendeckend multiprofessionell agieren können. Dies bietet die Chance, dass Kinder unterschiedlicher Muttersprachen und auch Kinder mit und ohne Behinderung gemeinsam (er)leben und lernen dürfen und so durch die Wertschätzung der Vielfalt Inklusion gelebt werden kann.

DIE LINKE setzt sich dafür ein:

Flächendeckend wohnortnahe Betreuungsplätze für Kinder, von der Krippe bis zum Hort

Berücksichtigung der Schaffung von Kindertageseinrichtungen bei der Stadtplanung

Drastischer Ausbau der Plätze der Kindertageseinrichtungen

Kostenfreie Kinderbetreuung von der Krippe bis zum Hort

Einstellung multiprofessioneller Teams zur Verstärkung von sprachlicher Förderung und Inklusion

Ausstattung der Einrichtungen mit genügend Personal, um die Förderung der Kinder in den Mittelpunkt stellen zu können

Bildungs- und Kooperationsangebote für Eltern, um dem gemeinsamen Erziehungsauftrag gerecht zu werden
Inklusion in allen Einrichtungen als Schlüssel zu einer weltoffenen und toleranten Gesellschaft

Eintrittsmöglichkeiten in die Einrichtungen auch während des laufenden Jahres

Kostenlose sowie qualitativ hochwertige Mahlzeiten – möglichst biologisch, regional und saisonal

Schulbildung

Die kommunalen Bildungseinrichtungen haben in Nürnberg eine große Bedeutung. Sie reichen von den Kitas über die städtischen Realschulen und Gymnasien bis zu den beruflichen Schulen, Berufsfachschulen und Fachakademien. Die Stadt ist für alle Einrichtungen die Sachaufwandsträgerin. Bei den städtischen Einrichtungen ist sie auch für das Personal zuständig.

Das staatliche Schulsystem in Bayern erfüllt den Auftrag, für Chancengleichheit bei Kindern und Jugendlichen zu sorgen, in vielen Bereichen nicht. In der Vergangenheit hat hier die Stadt Nürnberg in vorbildlicher Weise gewisse Defizite ausgeglichen. Schon zu Beginn des letzten Jahrhunderts, als höhere Schulabschlüsse den Jungen vorbehalten waren, gründete sie die erste Mädchenoberrealschule, das heutige Sigena-Gymnasium. Als erkannt wurde, dass das dreigliedrige Schulsystem Kinder aus höheren Schichten bevorzugt, wurde in Nürnberg von der Kommune eine integrierte Gesamtschule aufgebaut. Die Aufteilung der Kinder in Mittelschüler*innen, Realschüler*innen und Gymnasiast*innen in der 4. Grundschulklasse verhindert nach wie vor stressfreies Lernen. Zudem haben wir in der Grundschule heute einen hohen Anteil von Kindern mit internationaler Herkunft, die auf Grund selektiver Strukturen weniger Chancen auf einen höheren Schulabschluss haben. Wir als LINKE fordern daher eine Abkehr vom dreigliedrigen Schulsystem und eine inklusive Schule für alle.

DIE LINKE setzt sich dafür ein:

Freie Wahl der weiterführenden Schule und Förderung bei fehlender Sprachkompetenz

Mehr Stellen für Sozialpädagog*innen an allen Schulen

Die pädagogische Betreuung von gesellschaftlich benachteiligten Kindern und Jugendlichen als Schwerpunkt kommunaler Schulpolitik

Verstärkung der Bemühungen, Kinder mit Förderbedarf in Regelklassen zu integrieren: Laut UN-Behindertenrechtskonvention haben alle Kinder das Recht, die nächstgelegene Sprendelschule zu besuchen, hier fehlt es jedoch an Räumen und Fachpersonal

Eine gute Bildung sorgt für gerechtes Denken und verantwortungsvolles Handeln im Erwachsenenalter

Kostenlose Schulmahlzeiten, möglichst biologisch, regional und saisonal, denn dies ist die Grundlage für gutes Lernen

Attraktive Kommunen für junge Menschen

Die Stadt Nürnberg muss auch attraktiv für junge Menschen

sein bzw. werden. Dazu gehört neben einer breiten Vielfalt an Angeboten von Freizeit-, Kultur- und Sporteinrichtungen auch die Teilhabe an der Entwicklung unserer Stadt. Denn Kinder und Jugendliche haben ebenfalls Wünsche und Ideen, wie die Zukunft aussehen soll. Gerade die Klimaproteste und Schulstreiks der Bewegung „Fridays for Future“ beweisen, dass sich junge Menschen einbringen und ihre Zukunft selbst gestalten wollen. DIE LINKE möchte politisches Engagement bei Kindern und Jugendlichen fördern und begrüßt deshalb die politische Selbstorganisation junger Menschen ausdrücklich. Wir setzen uns dafür ein, dass Jugendliche bereits ab 16 Jahren wählen dürfen und wollen bessere Angebote schaffen, mit denen Jugendliche ihr Recht auf politische und kulturelle Selbstbestimmung wahrnehmen können. Dies kann zum Beispiel durch die Einrichtung eines Jugendparlaments, regelmäßige Beteiligungsangebote oder einen Jugendfonds, durch den junge Menschen ihre eigenen Projektideen verwirklichen können, passieren. Selbstverwaltete Jugendtreffs müssen weiterhin ermöglicht und von Jugendsozialarbeiter*innen begleitet werden. Die Selbstorganisation und das Erfahren von Verantwortung und Teilhabe sollen dabei an erster Stelle stehen.

DIE LINKE setzt sich dafür ein:

Teilhabemöglichkeit an Freizeit-, Kultur- und Sportangeboten für alle Kinder und Jugendlichen

Förderung politischen Engagements durch Schaffung eines Jugendparlaments und eines Jugendfonds zur Verwirklichung eigener Projekte und Miteinbeziehung in kommunale Entscheidungen

Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre

Schaffung und Erhalt selbstverwalteter Jugendtreffs

Ernennung einer Jugendbeauftragte*n als Ansprechpartner*in der Stadtverwaltung

9. Gleichberechtigung leben

Alle haben das Recht auf Gleichberechtigung, individuelle Selbstbestimmtheit und körperliche Unversehrtheit - unabhängig von Geschlecht und Geschlechtsidentität. Trotz bestehender städtischer Gleichstellungs- und Fördermaßnahmen für Frauen prägen patriarchale Machtstrukturen und Weltbilder auch in Nürnberg die Lebens- und Arbeitswelt.

Armut darf nicht weiblich sein

Noch immer werden Frauen schlechter bezahlt, in Bayern 27 % weniger im Schnitt. Insbesondere alleinerziehende Frauen arbeiten oft im Niedriglohnbereich und rund die Hälfte von ihnen ist armutsgefährdet. Im Alter droht dann Altersarmut. DIE LINKE setzt sich für die vollständige Gleichstellung der Frau ein. Haus- und Fürsorgearbeiten leisten Frauen im Schnitt doppelt so viel wie Männer. Diese deutliche Mehrbelastung wollen wir aufbrechen. Kinderbetreuung und die Pflege von Angehörigen sehen wir als Gemeinschaftsaufgabe

und setzen uns darum z. B. für die Einführung von flächendeckend wohnortnahen und kostenlosen Kitas mit flexiblen Betreuungszeiten ein.

DIE LINKE setzt sich dafür ein:

Besondere Unterstützung Alleinerziehender z.B. durch kostenfreie, zeitlich flexible und garantiert wohnortnahe Kinderbetreuung, Kontingente bei Sozialwohnungen, etc.

Flächendeckend kostenfreie Kitas

Ausbau und Erhalt von Beratungs- und Unterstützungsangeboten für Frauen

Paritätische Kommune

In vielen Nürnberger Gremien und Vorständen sind Frauen unterrepräsentiert. Das ist für uns nicht akzeptabel. Politische Ämter und Mandate sollen zur Hälfte mit Frauen besetzt werden. Zudem ist das sogenannte Gender Mainstreaming bei allen städtischen Entscheidungen ein Muss. Dies bedeutet, dass sämtliche Entscheidungen unter anderem auch daraufhin geprüft werden müssen, dass Sie die Gleichberechtigung der Geschlechter voranbringen. Auch bei der Vergabe von finanziellen Mitteln in sämtlichen Bereichen ist darauf zu achten, dass Frauen davon gleichberechtigt profitieren. Ist dies nicht der Fall, muss nachjustiert werden.

DIE LINKE setzt sich dafür ein:

Parität in allen städtischen Gremien und Vorständen

Verbesserte finanzielle Ausstattung der Frauenbeauftragten

Ausbau der geschlechtersensiblen Folgenabschätzung in allen städtischen Entscheidungen („Gender Mainstreaming“) und bei der Budgetvergabe („Gender Budgeting“) unter besonderer Berücksichtigung intersektionaler Ansätze

Hilfe für Frauen in Not

Es wird höchste Zeit, dass die Frauenhäuser und Beratungsstellen von Opfern sexualisierter Gewalt endlich angemessen finanziert werden. Es darf nicht sein, dass Frauen in Not wegen ungeklärter Finanzierung oder fehlender Plätze abgewiesen werden. Zudem stellt die Unterbringung der Frauen nach dem Aufenthalt im Frauenhaus häufig ein Problem dar, da der Wohnungsmarkt ohnehin schon angespannt ist. Zwar stellen die wbg und das Evangelische Siedlungswerk bereits Wohnungen zur Verfügung, jedoch muss dieses Kontingent noch deutlich erweitert werden.

Da für DIE LINKE die sexuelle Selbstbestimmung des Menschen selbstverständlich ist, sind Kürzungen von Subventionen bei Beratungsstellen wie z. B. Pro Familia mit uns nicht zu machen. Für ALG-II-Bezieherinnen sollte die Stadt Verhütungsmittel zusätzlich zum Regelsatz finanzieren, damit jedes geborene Kind ein Wunschkind wird. Sollte eine Frau eine Schwangerschaft abbrechen wollen, ist ihr auf Wunsch von Seiten des Gesundheitsamtes Information und Unter-

stützung zu gewähren. Auch sollte die Stadt Hygieneprodukte, etwa Tampons und Binden, auf allen öffentlichen sowie städtischen bzw. städtisch kontrollierten Toiletten kostenlos zur Verfügung stellen, um Frauen* - vor allem Studierende, Auszubildende und alle mit geringem Einkommen – vor einer geschlechtsspezifischen Diskriminierung zu schützen.

Auch Frauen mit Migrationshintergrund und/oder Fluchterfahrungen benötigen oftmals spezifische Hilfe und Beratung. Niedrigschwellige Beratungs- und Hilfsangebote sind jedoch nicht ausreichend verfügbar. Dies wollen wir ändern. Beratungsstellen für Frauen mit Migrationshintergrund müssen ausreichend finanziert und mit Personal ausgestattet werden, sodass Frauen in allen Lebenslagen Unterstützung erfahren und Mehrfachdiskriminierung durch gezielte Maßnahmen verhindert wird.

Nicht zuletzt setzen wir uns dafür ein, dass die Stadt Nürnberg gegen sexistische und diskriminierende Werbung und Reklame im Stadtgebiet vorgeht.

DIE LINKE setzt sich dafür ein:

Angemessene Finanzierung von Frauenhäusern

Deutliche Aufstockung der Plätze in den Frauenhäusern, sodass es nicht mehr zu Abweisungen kommt

Ausstattung der Frauenhäuser mit genügend Personal

Aufstockung des Kontingents an Sozialwohnungen für Frauen nach dem Aufenthalt im Frauenhaus

Schulungen für die Zuständigen im Bereich der Sozialarbeit und bei der Polizei, den Behörden und im gesamten öffentlichen Sektor, wie z.B. kommunaler Ordnungsdienst, zum Thema Gewalt an Frauen

Effektiver Gewaltschutz für geflüchtete Frauen

Ausreichende Finanzierung von Beratungsstellen, wie z.B. Pro Familia

Finanzierung von Verhütungsmitteln für Bezieher*innen von Sozialleistungen

Spezifische und mehrsprachige Beratungsangebote für Frauen mit Migrationshintergrund

Ein Verbot sexistischer oder diskriminierender Werbung

Gelebte Vielfalt

Nürnberg ist eine Stadt für alle! Auch die Gemeinschaft der lesbischen, schwulen, bisexuellen, Transgender, transidenten, queeren und intersexuellen, Mitbürger*innen (kurz LSBTTQ) trägt maßgeblich zu unserer Vielfalt bei. In queeren Zentren und Vereinen wird wertvolle Arbeit geleistet und diese Gemeinschaften verschaffen sich zurecht Gehör. Die zumeist ehrenamtliche Arbeit muss jedoch endlich auch finanziell gewürdigt werden. Finanzierungsmöglichkeiten für hauptamtliche Mitarbeiter*innen sowie Projekte sind dabei unabdingbar, denn nur so erhält die queere Community endlich einen

festen Platz in der Mitte unserer Gesellschaft und adäquate Anlaufstellen bei Fällen von Diskriminierung. Gerade in Zeiten des Rechtsrucks ist daher die Stärkung der Community ein Gebot der Stunde. Denn was über Jahrzehnte hart erkämpft wurde und wird, darf nun nicht einem rechten Rückwärtstrend zum Opfer fallen.

Aber auch ohne diese direkten Angriffe von rechts ist die Gleichstellung noch lange nicht erreicht. Insbesondere spiegeln sich Problemstellungen wie Sexismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit oder die Ausgrenzung von finanziell Benachteiligten auch im queeren Bereich wider. Diese mehrfachen Diskriminierungen, wie bei queeren Migrant*innen, können Ausgrenzungs- und Marginalisierungserfahrungen gefährlich verstärken. So sind z.B. inter*- und trans*geschlechtliche, aber auch lesbische Frauen besonders häufig von Erwerbslosigkeit und prekären Arbeitsverhältnissen betroffen. Als LINKE nehmen wir daher konsequent einen intersektionalen Blickwinkel ein. Identitäts- und Gleichstellungspolitik sind für uns integraler Bestandteil der sozialen Frage.

Weiterhin muss noch viel Aufklärungsarbeit vom Vorschulbereich bis hin zu den Senior*inneneinrichtungen geleistet werden, sodass Toleranz und Miteinander kein bloßes Lippenbekenntnis bleiben, sondern jede*r in jedem Lebensabschnitt frei von Diskriminierung leben kann.

DIE LINKE setzt sich dafür ein:

Aufstockung der finanziellen Mittel für Organisationen und Vereine, die sich für Aufklärung und Vielfalt einsetzen

Bildung für Toleranz und Wertschätzung bereits ab dem Vorschulalter

Konsequentes Mainstreaming von gleichgeschlechtlichen Interessen sowie der Auswirkung städtischer Maßnahmen auf Inter*- und Trans*-Personen und bei der Förderung in freier Trägerschaft

Besondere Förderung von lesbischen* Vereinen und Initiativen mit Rücksicht auf die häufig schwierige soziale Situation von Lesben und Frauen* als Teil der queeren Community

Schaffung von Anlaufstellen bei Diskriminierung

Unterstützung bzw. Schaffung queerer Jugendzentren als Anlaufstellen und Rückzugsorte

Schaffung neuer und Erhalt sowie zielgruppengerechter Ausbau bestehender Angebote für queere Menschen in städtischer Unterbringung und Pflegeeinrichtungen (z.B. geschützte Unterbringung queerer Geflüchteter) und Schaffung eines Begegnungszentrums für Menschen mit Beeinträchtigung

Zielgruppenspezifische alternative Wohnprojekte sind als Teil der Offensive im sozialen Wohnungsbau sukzessive städtisch zu erweitern, unter Berücksichtigung queerer Lebensrealitäten bei der Vergabe von Sozialwohnungen

10. Migration – Nürnberg für alle, unabhängig von Pass oder Herkunft

Gleiche Rechte für alle

Wir wollen gleichberechtigte politische und gesellschaftliche Teilhabe für alle Nürnberger*innen garantieren - unabhängig von Pass und Nationalität.

Obwohl sie in Nürnberg leben und arbeiten, Steuern zahlen und ihren Beitrag zur Stadtkultur leisten, sind Menschen ohne deutschen oder EU-Pass von der kommunalen Mitbestimmung ausgeschlossen. Sprachliche und kulturelle Barrieren oder mangelnde Erfahrung und Wissen über Behördenabläufe stellen Hürden bei der Inanspruchnahme städtischer Angebote und Dienstleistungen dar. Wir wollen die interkulturelle Öffnung der Stadt und ihrer Referate weiter vorantreiben, die Möglichkeit der politischen Mitentscheidung für alle Nürnberger*innen ausbauen und die Repräsentanz von Migrant*innen in der städtischen Verwaltung erhöhen.

DIE LINKE setzt sich dafür ein:

Wahlrecht für alle, die in Nürnberg ihren Lebensmittelpunkt haben, unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft

Beibehaltung des direkt gewählten Integrationsrates als Zwischenlösung

Stärkung und Ausweitung der Kompetenzen des Integrationsrates

Einrichtung eines kommunalen Einbürgerungsbüros mit geschultem Personal, das Menschen bei der Bewältigung der formalen Anforderungen für die Einbürgerung unterstützt

Ausweitung des mehrsprachigen Informationsangebotes und der interkulturellen Schulung von Mitarbeiter*innen bei allen städtischen Behörden

Vorgehen gegen Rassismus und Behördendiskriminierung

Fahndung nach rassistischen Kriterien (Racial Profiling) und diskriminierende Kontrollen stoppen

Nürnberg als Sicherer Hafen

Krieg und politische Verfolgung, strukturelle Armut und menschenunwürdige Lebensumstände zwingen Menschen tagtäglich dazu, ihre Herkunftsländer zu verlassen. Die immer weiter fortschreitende Abschottung der Festung Europa, aber auch innereuropäische Migrationsbeschränkungen erschweren nicht nur die Einreise, sondern schließen die Betroffenen auch von der gesellschaftlichen Teilhabe und elementaren Grundversorgung aus. Viele der Ankommenden sind nicht nur durch lange und gefährliche Fluchtwege, sondern auch durch das deutsche und europäische Asyl- und Grenzregime traumatisiert, leben in prekären Umständen oder in Illegalität. Nürnberg muss als Stadt alles dafür tun, um sich der baye-

rischen, deutschen und europäischen Abschottungspolitik entgegensetzen und einen sicheren Hafen für Migrant*innen zu bieten. Viele Städte und Kommunen in Europa und weltweit gehen hier mit gutem Beispiel voran. Auch Nürnberg hat sich zum sicheren Hafen erklärt. Doch es bedarf mehr als einer symbolischen Handlung: Eine humanitäre Hilfe vor Ort muss Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe genauso einschließen, wie eine speziell auf die Bedürfnisse von Geflüchteten ausgerichtete psychosoziale Betreuung. Im Zentrum des städtischen Hilfsangebotes muss dabei die Selbstbestimmung der Betroffenen stehen. Wir halten dabei am Grundsatz der Integration vom ersten Tag an fest und wollen sie konsequent auf alle Bereiche, wie z.B. die Familienhilfe, anwenden.

DIE LINKE setzt sich dafür ein:

Beitritt Nürnbergs zum europaweiten Netzwerk solidarischer Städte

Verpflichtung Nürnbergs zur Aufnahme von mehr als den zugeteilten Menschen in Not

Dezentrale Unterbringung asylsuchender Menschen und Ablehnung von Lagerunterbringung unter menschenunwürdigen Umständen und sozialer Isolation

Beibehaltung und Ausbau des Grundsatzes „Integration vom ersten Tag an“ und konsequente Anwendung auf allen Gebieten: vom Sprachkurs bis hin zur Familienhilfe

Förderung zur schnellen Integration von Kindern und Jugendlichen in Regelschulen. Um Entwicklungsverzögerungen und -störungen entgegenzuwirken, ist eine Platzierung in Kindertagesstätten wichtig und muss mit allen Mitteln gefördert werden.

Niedrigschwellige und menschenwürdige Hilfsangebote zur psychosozialen Betreuung von Migrant*innen

Einschränkungen für städtische Dienstleistungen für Geflüchtete beenden und volle gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen

Gleiche Rechte für alle EU-Migrant*innen auf dem Arbeitsmarkt und soziale Angebote, wenn nötig in städtischer Eigenleistung

Rassismus und Fremdenfeindlichkeit entgegentreten

Die Stadt Nürnberg, als Schauplatz der Reichsparteitage der Nazis, hat die besondere Aufgabe, die in der Vergangenheit geschehenen Verbrechen des Faschismus pädagogisch aufzuarbeiten und die in jüngster Zeit vorgefallenen rassistischen Schandtaten, wie die Ermordung von drei Nürnberger*innen durch den NSU, auf das Schärfste zu brandmarken. Diese Morde in der Nürnberger Südstadt an drei Menschen mit Migrationshintergrund zeigten, dass die Stadt Nürnberg nach wie vor ein großes Problem mit neonazistischen Strukturen und offenem, menschenfeindlichem Rassismus hat. Wir müssen das Bewusstsein für diskriminierende Ideologien wecken und dafür sorgen, dass auch nach dem Ableben der letz-

ten Zeitzeugen ihre Schicksale nicht in Vergessenheit geraten. Wir wollen daher bestehende Gedenkstätten in Nürnberg aufrechterhalten und pflegen. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass sich Nürnberg als Stadt des Friedens und der Menschenrechte mit seiner historischen Verantwortung auseinandersetzt und für all jene kämpft, die Opfer von Vorurteilen, Rassismus und Gewalt sind. Wir treten jedem Versuch entgegen, Geflüchtete und sozial benachteiligte Menschen gegeneinander auszuspielen. Nach Ansicht der LINKEN müssen die Fluchtursachen bekämpft werden, anstatt Geflüchtete unter Druck zu setzen. Wir bestärken Initiativen für die Wiederherstellung eines humanen Asylrechts sowie Aktivitäten, wie die der Organisation „Seebrücke“, die Kommunen dazu auffordert, aus dem Mittelmeer gerettete Geflüchtete aufzunehmen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt Nürnberg jegliche Mitwirkung an Abschiebungen verweigert und nicht zulässt, dass der Nürnberger Flughafen als Abschiebeflughafen zur Verfügung steht. Eine Zusammenarbeit mit Parteien und Gruppierungen, die eine rassistische und nationalistische Politik betreiben, kommt für uns nicht in Frage. Rassistische Diskriminierung im Alltag, im Berufsleben sowie in der Schule muss offen benannt und täglich bekämpft werden.

DIE LINKE setzt sich dafür ein:

Nutzung aller rechtlichen Möglichkeiten, um rechtsextreme Veranstaltungen zu untersagen sowie die konsequente Verfolgung rechtsextremer Straftaten

Frühzeitige Information der Bevölkerung über rechtsextreme Veranstaltungen

Keine Bereitstellung von Fahrzeugen der VAG zur An- oder Abreise rechter Demoteilnehmer*innen

Stärkung der demokratischen und antifaschistischen Zivilgesellschaft in Nürnberg, insbesondere bestehender Netzwerke gegen Rassismus, Faschismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit sowie gegen Homo-, Trans- und Interfeindlichkeit

Überprüfung von Straßen- und Ortsnamen auf einen Bezug zu Täter*innen des Naziregimes und ggfs. Abänderung der Namen, mit Fokus auf mehr Benennungen nach Widerstandskämpfer*innen gegen das Naziregime und Frauen im Allgemeinen

Initiativen gegen Rechts durch kommunale Mittel und Bereitstellung von Räumen fördern

Gezielte Aufklärungsprojekte gegen Rechts an Nürnberger Schulen

Regelmäßige Unterrichtung im Stadtrat über rechtsextrem motivierte Vorfälle und Straftaten

Förderung von Programmen für rechte Aussteiger*innen

Festlegung besonderer Gebiete und Orte, insbesondere das ehemalige Reichsparteitagsgelände, an denen keine Veranstaltungen mit rechtsnationalem Bezug stattfinden dürfen

11. Aktiv für Frieden und Menschenrechte

Nürnberg als Stadt des Friedens und der Menschenrechte hat eine besondere Verantwortung und Vorbildfunktion in der Friedenspolitik. Die mahnende Vergangenheit unserer Stadt hat unser Bewusstsein für die aktive Gedenkkultur und eine sichtbare Auseinandersetzung mit den Verbrechen der Nazis geschaffen. Für DIE LINKE erwächst daraus auch ein gestärktes Bewusstsein für die Pflege und Stärkung dieser Gedenkkultur und der Wille zur aktiven Auseinandersetzung mit den Konfliktursachen und Lagen in der heutigen Zeit. Deshalb hat für uns Friedensarbeit im Nürnberger Stadtleben eine herausragende Bedeutung. Für DIE LINKE bedeutet dies die Unterstützung aller Friedensorganisationen in ihrer Öffentlichkeitsarbeit und bei ihren Veranstaltungen über Solidaritätsbekundungen und Würdigungen hinaus. Uns ist es wichtig, dass keine Unterstützung von Rüstungsunternehmen, die in Nürnberg ansässig sind oder sich hier niederlassen wollen gibt und keine öffentliche Würdigung von Personen, die für oder mit Rüstungsunternehmen arbeiten, stattfindet. Auch wollen wir die Nutzung des Nürnberger Flughafens für Abschiebungen verhindern, erst recht in Krisengebiete wie Afghanistan. Ebenso darf der Flughafen nicht zur logistischen Unterstützung des Militärs herangezogen werden. Wir wollen keine Werbung für die Bundeswehr und auch keine sog. Informationsveranstaltungen der Bundeswehr an Nürnberger Schulen. Das Abstandsgebot von Kindheit und Militärdienst nehmen wir sehr ernst. Die Anwerbung zum Militärdienst darf nur an Volljährige gerichtet werden. Stattdessen soll in Nürnberger Schulen das Bewusstsein für Kriegs- und Konfliktursachen sowie unsere eigene historische Verantwortung gefördert werden. Die Friedensarbeit ist Kern linker Politik, wir werden uns immer dafür einsetzen, dass sie eine besondere Bedeutung in der Nürnberger Kommunalpolitik hat.

DIE LINKE setzt sich dafür ein:

Keine Werbung und Informationsveranstaltungen für die Bundeswehr bei öffentlichen Veranstaltungen und in Schulen

Keine Bundeswehrwerbung auf Werbeflächen der Stadt oder von städtischen Unternehmen

Die Möglichkeit für friedenspolitische Initiativen und Organisationen, ihre Ziele auf kommunalen Veranstaltungen bekannt zu machen, denn sie sind ein Gegenpol zu den Werbeauftritten der Bundeswehr

Keine militärische Nutzung des Nürnberger Flughafens

Verhinderung von Kriegsproduktion und Kriegsforschung in Nürnberg

Eines der jährlichen Bardentreffen während der kommenden Wahlperiode unter dem Motto „Frieden & Völkerfreundschaft gegen Kriegstreiberei & Militarismus“

Aufgrund der Unterzeichnung des UN-Vertrags zum Verbot von Atomwaffen, verstärkte Ausübung von Druck auf die Bundesregierung, diesem Vertrag zuzustimmen

Nürnberg unterstützt im Sinne seiner Mitgliedschaft bei „Mayors for Peace“ die Kampagne „Vision 2020“ für eine atomwaffenfreie Welt; zum jährlichen Flaggtag hisst Nürnberg die Flagge des weltweiten Netzwerks

Aufklärung der Bevölkerung über die Bedeutung der völkerstrafrechtlich verankerten „Nürnberger Prinzipien“, insbesondere über die weltweite Strafbarkeit von Angriffskriegen

Verleihung eines Nürnberger Friedenspreises, der sich mit der Ächtung von völkerrechtswidrigen Angriffskriegen beschäftigt

Keine Benennung von Straßen und Orten nach und keine Ehrenbürger*innenschaft für Kriegsverbrecher*innen oder Personen, die an kriegstreiberischen und menschenfeindlichen Aktionen beteiligt waren, sowie Umbenennung von Plätzen und Orten, wo dies bereits der Fall ist

Die Stadt übt maximalen Druck aus, keine Waffenmessen in Nürnberg zuzulassen

12. Mehr Raum für Kultur

DIE LINKE will die Gesellschaft gemeinsam mit den Bürger*innen und Kulturschaffenden dieser Stadt gestalten sowie eine Kultur(haupt)stadt für alle bieten. Deswegen stehen im Zentrum linker Kulturpolitik nicht Prestigegegedanken und die Förderung des Tourismus, sondern Angebote für alle Bürger*innen dieser Stadt, insbesondere für Menschen mit niedrigem Budget. Wenn für Projekte, wie die Sanierung des Opernhauses, die städtischen Mittel von 100 Millionen Euro auf 200 Millionen Euro verdoppelt werden können und als vorübergehende Ausweichstation für das Opernhaus die Meistersingerhalle hinzugezogen wird, für die man dann wiederum einen weiteren Konzertsaal baut, jedoch die Jugend- und Subkultur kaum Beachtung findet und sich lokale Kulturschaffende ein Dasein und Wirken in der Stadt kaum mehr leisten können, dann ist die Kulturpolitik nicht im Sinne der Bevölkerung. Denn Kultur ist ein Gut, das für alle da sein soll und die Partizipation aller erfordert, statt nur die Bedürfnisse einiger weniger privilegierter Personen zu befriedigen.

Die Kinder der Südstadt sollen attraktive Plätze im Freien, geschützt vor Autoverkehr, Luftverschmutzung und Müll finden, auf denen sie spielen, klettern und Körper und Sinne erfahren können. Im Miteinander verschiedener Nationalitäten sollen Gelegenheiten geschaffen werden, bei denen andere unsere Kultur besser kennenlernen können, wir aber auch an der Kultur der anderen teilhaben können. Vorbildlich finden wir den Antirassismustag, ein buntes Fest auf dem Aufseßplatz mit Musik, Tanz und Leckereien aus unterschiedlichen Kulturen. Wir sind uns des Erbes als Stadt der Reichsparteitage bewusst und setzen uns für ein friedliches, aggressionsfreies Zusammenleben ein. Fremdenfeindlichkeit, Homophobie und Sexismus müssen auf das Schärfste bekämpft werden.

Wir wollen Künstler*innen und Musiker*innen, die besonders zu Beginn ihrer Schaffensphase, auf öffentliche Unterstützung angewiesen sind, Ateliers und Probenräume zu einer bezahlbaren Miete zur Verfügung stellen. Die Kommune darf nicht, wie in der Vergangenheit geschehen, Räume wegge-

ben, in denen Kulturschaffende einen Platz zum Arbeiten gefunden haben.

DIE LINKE möchte die Lebensqualität aller Menschen in unserer Stadt verbessern und dabei nicht nur Konsumangebote und Veranstaltungen installieren, sondern das tägliche Leben im öffentlichen Raum attraktiver gestalten. Schwerpunkt könnte eine Umgestaltung und Modernisierung der Nürnberger Südstadt sein mit ihrem Aufseßplatz - derzeit einem der hässlichsten Plätze Deutschlands -, sowie der Ruine des ehemaligen Kaufhauses Schocken.

Wir unterstützen Organisationen wie Urban Lab, die die Beteiligung der Anwohner*innen bei der Stadtteilentwicklung fordern und wünschen uns, dass diese Initiativen in der Öffentlichkeit besser bekannt gemacht werden, etwa durch Themenabende oder bei Stadtteilsten. Bürger*innenforen mit Eintrittspreisen lehnen wir ab. Hier werden von vornherein weniger bemittelte Bürger*innen ausgeschlossen und von demokratischen Prozessen der Teilhabe ferngehalten.

DIE LINKE ist strikt dagegen, dass die Stadt Nürnberg Bildungsstätten und Räume für Kulturschaffende privaten Investor*innen überlässt.

Kulturpolitik ist bei der LINKEN in den besten Händen. Wir sind der Meinung, dass sich Kreativität frei von kapitalistischen Zwängen entfalten können soll. Die Aufgabe der Kommune ist es, all den Menschen, die Ideen haben, aber nicht die finanziellen Mittel diese umzusetzen, Freiräume zu schaffen, in denen sie arbeiten und sich entwickeln können. Ein weiteres Beispiel ist hier die Stadtbibliothek, die seit einigen Jahren wieder Nutzungsgebühren erhebt und damit Menschen von der Teilhabe ausschließt. Dies ist nicht hinnehmbar. Erst, wenn wir das Ziel erreicht haben, allen Menschen die kulturelle Teilhabe zu ermöglichen, verdienen wir den Titel „Europäische Kulturhauptstadt“.

DIE LINKE setzt sich dafür ein:

Kultur- und Stadteilläden, sowie Mehrgenerationenhäuser als Treffpunkt für alle

Eine Sichtweise auf den öffentlichen Raum als Lebens- und Freizeitraum für alle Bürger*innen und eine sich daraus ergebende Pflege und Nutzbarkeit desselben
Echte Beteiligungsmöglichkeiten breiter Bevölkerungsschichten bei der Gestaltung des eigenen Viertels (wie z.B. bei Urban Lab)
Bürger*innenforen, die für alle zugänglich sind

Keine Bevorzugung der sogenannten Hochkultur gegenüber der Jugend- und Subkultur

Bildungsstätten und Räume für Kulturschaffende in kommunaler Hand und zu bezahlbaren Mieten

Abschaffung der Nutzungsgebühren für die Stadtbibliothek
Kostenfreien Zugang für finanziell benachteiligte Menschen zu kulturellen Einrichtungen und sportlichen Veranstaltungen

Bereitstellung von Mitteln und Schaffung aller notwendigen Freiräume - Übungs-, Trainings-, Aufführungsräume sowie von Ateliers und Werkstätten - für Aktive in Kunst, Kultur und Sport unabhängig von Alter oder finanzieller Lage

Berücksichtigung der Schaffung kultureller Einrichtungen in der Stadtentwicklung

Förderung und Starthilfe bei interkulturellen Begegnungszentren und kulturellen Einrichtungen in Stadtteilen mit selbstverwalteten Projekten insbesondere für junge Menschen und Frauen

13. Demokratie: Politische Teilhabe stärken und ausbauen

Die kommunalen Leistungen, die die Stadt Nürnberg bietet, sowie die dort getroffenen Entscheidungen betreffen uns alle. Ob in der Stadt als Ganzes, im Stadtteil oder in der Nachbarschaft - alle, die in Nürnberg wohnen, sollten deswegen auch die Möglichkeit haben, bei allen sie betreffenden Fragen mitzuzentscheiden und mitzugestalten. Die derzeitigen Möglichkeiten demokratischer Teilhabe erfüllen diesen Anspruch nur begrenzt. Für die meisten beschränken sie sich allenfalls auf die Abgabe des eigenen Stimmzettels.

Macht- und Wissenshierarchien führen dazu, dass politische Gremien die Stadtbevölkerung über ihre Köpfe hinweg verwalten und allenfalls für Expert*innen und Lobbygruppen offen sind. Viele Milieus sind in Stadtrat, Stadtverwaltung nicht vertreten. Dadurch entstehen Politikverdrossenheit und Frust: Gefundenes Fressen für rechtspopulistische Hetze. Die bestehenden Möglichkeiten zur politischen Teilnahme und demokratischen Mitbestimmung wollen wir auch über Wahlen und Bürgerentscheide hinaus ausbauen. Dies gilt für alle Nürnberger*innen, insbesondere für die unteren Schichten und Milieus, unabhängig von Alter, Gesundheit, Nationalität und Pass. Wir setzen uns für einen wechselseitigen Dialog zwischen Stadt und Bevölkerung ein und stehen für den Ausbau direktdemokratischer Verfahren, um die Nürnberger*innen von Anfang an in für sie wichtige Fragen einzubeziehen. Informationen über Entscheidungen städtischer Gremien und Behörden müssen transparent, vollumfänglich und leicht zugänglich gestaltet werden, um fundierte Entscheidungen von unten zu ermöglichen und Zugangshürden und Wissenshierarchien abzubauen. Eine Zusammenarbeit mit rechten antidemokratischen Kräften im Stadtrat schließen wir kategorisch aus.

DIE LINKE setzt sich dafür ein:

Ausweitung des Kommunalwahlrechts für alle, die in Nürnberg leben

Herabsetzung des Kommunalwahlrechts auf 16 Jahre

Direkte Partizipation der Einwohner*innen an Stadtplanungsprozessen von Anfang an - Wien ist hier ein gutes Vorbild

Transparenz der Verwaltung stärken: übersichtliche und leicht einsehbare Präsentation von Protokollen städtischer Gremien, Haushaltsplänen und Haushalten sowie Datenerhebungen, Gutachten und Studien im städtischen Auftrag über das Rathausinformationssystem und Kontaktstellen

Hilfestellungen bei Behörden erleichtern: Veröffentlichung kommunaler Beschlüsse und Verordnungen in mehreren Sprachen, Leichter Sprache und Blindenschrift

Mehr Mitspracherecht in öffentlichen Einrichtungen (z.B. Schüler*innenvertretung in Schulen etc.)

Änderung an Ergebnissen von Bürgerentscheiden nur durch weiteren Bürgerentscheid

Politische Bildung in Schulen stärken und mehr Mitspracherechte für Schüler*innenvertretungen

Demokratische Kontroversen und Diskussionen in städtischen und städtisch geförderten Räumen ermöglichen: Keine Zusammenarbeit mit und keine Zustimmung zu Anträgen von Personen und Gruppen, die faschistische, neonazistische oder sonstige gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit propagieren

14. Öffentlicher Raum: Freiräume statt Kontrolle

Der öffentliche Raum gehört allen. Er muss der Stadtgesellschaft möglichst ungehindert zur Verfügung stehen. Dafür zu sorgen ist eine der wichtigsten Aufgaben der Stadt. Eingriffe in die Nutzung öffentlicher Flächen sollten die Stärkung des allgemeinen Zugangs im Sinn haben und nicht dessen Einschränkung. Die derzeitige Sicherheitspolitik ist nicht nur in Bayern, wo etwa 2018 trotz Massenprotesten ein verfassungsrechtlich bedenkliches Polizeiaufgabengesetz eingeführt wurde, sondern auch in Nürnberg von einer Ausweitung der staatlichen Sicherheits- und Überwachungsapparate auf Kosten individueller Freiheitsrechte geprägt. Polizei und kommunale und private Sicherheitsdienste vertreiben bestimmte Milieus wie Obdachlose, Tagelöhner*innen oder Alkohol- und Suchtkranke von der Straße. Zwar leistet die Stadt mit einem umfassenden psychosozialen Angebot auch wertvolle Präventionsarbeit, doch wird diese oft im Interesse der Wahrung des „sauberen“ Images betrieben. Mit dem Hinweis auf - völlig unzureichende und nicht den gesetzlichen Vorgaben entsprechende - Notunterkünfte wurden unter den Pegnitzbrücken Obdachlosencamps geräumt. Aber auch Jugendliche, Feiernde oder sogar Kinder, die eine der wenigen Grünflächen im urbanen Raum nutzen, werden zu ordnungspolitischen Problemfällen erklärt. Die Verdrängung unter sicherheitspolitischen Aspekten gesellt sich zur ökonomischen Verdrängung der Nürnberger*innen hinzu. Die beste Konfliktprävention besteht immer noch in der Schaffung sozialer Sicherheit für alle. Der um sich greifenden Verdrängung aus dem öffentlichen Raum unter dem Aspekt der Sicherheit setzen wir eine städtische Konfliktlösung gegenüber, die die freie Bewegung und Nutzung des öffentlichen Raumes für alle garantiert und soziale Probleme anpackt, anstatt sie einfach aus dem Stadt-

bild verschwinden zu lassen. Individuelle Freiheitsrechte und Bedürfnisse, die Würde des Einzelnen und Unterstützung der Eigeninitiative müssen im Mittelpunkt städtischer Ordnungspolitik stehen. Eine Kriminalisierung sozial nicht akzeptierter Milieus lehnen wir ab.

DIE LINKE setzt sich dafür ein:

Hilfe zur Selbsthilfe und Freiwilligkeit als Grundlagen des psycho- und sozialtherapeutischen Angebotes der Stadt und geförderter freier Träger

Ausbau der Obdachlosenhilfe und psychosozialer Betreuungsangebote statt „ordnungsrechtliche“ Vertreibung von Obdachlosen und anderen sozial deklassierten Milieus

Einsatz von Streetworker*innen statt städtischer Hilfspolizei

Vorgehen gegen „Racial Profiling“ und andere auf bestimmte Personengruppen ausgerichtete Kontrollkriterien

Keine Ausweitung der Videoüberwachung des öffentlichen Raums

15. Digitalisierung: Die vernetzte Stadt demokratisch gestalten

Ob in der öffentlichen Infrastruktur, Verwaltung, Politik, Arbeit oder Freizeit - digitale Vernetzung und Informationsflüsse sind aus unserem Leben nicht mehr wegzudenken. Schnelles Internet und Glasfaser sind längst wichtige Bestandteile der städtischen Infrastruktur und kommunalen Grundversorgung. Gleichzeitig schreitet der Ausbau Nürnbergs zur „Smart City“ voran, zur intelligenten Stadt, in der alles und jede*r digital vernetzt Informationen austauscht. Derzeit wird die Digitalisierung in Nürnberg größtenteils Unternehmensinteressen überlassen. Private Anbieter sammeln aus dem ständigen Informationsfluss private Daten und erstellen digitale Profile für den lukrativen Datenhandel. Die Nutzer*innen verkommen immer mehr zu gläsernen Bürger*innen. Das Prinzip einer datengesteuerten und überwachten Gesellschaft, die immer weiß, wo sich die Menschen befinden und was sie tun, lehnen wir ab. Der Schutz der Privatsphäre hat für uns oberste Priorität. Über den Einsatz von Überwachungssensoren, die Verwendung der Daten und ihren Schutz braucht es eine offene Bürgerbeteiligung.

Den digitalen Ausbau der Stadt wollen wir nicht wirtschaftlichen Interessen überlassen, sondern bewusst und nachhaltig zum Nutzen der Einzelnen und der Allgemeinheit gestalten. Wir stehen für die Stärkung der Kontrolle der Nürnberger*innen über ihre eigenen Daten. Die Digitalisierung bietet neue Möglichkeiten zur direktdemokratischen Beteiligung im Stadtleben. Diese wollen wir auch für Nürnberg nutzen. Freie Software stellt eine echte Alternative zum Monopol der großen IT-Konzerne dar. Um niemanden von der technologischen Entwicklung auszuschließen, ist die Bereitstellung analoger Alternativen für städtische digitale Angebote ebenso unab-

dingbar wie ein verstärktes zugangsfreies städtisches Schulungsangebot zu digitalen Themen.

DIE LINKE setzt sich dafür ein:

Aufbau eines kostenfreien stadtweiten WLANs

Hundertprozentige Versorgung mit Glasfaser für alle Haushalte und Gewerbebetriebe

Transparenz und kommunale Datenschutzrichtlinien für den gesamten Datenaustausch

Gutachten zum Energieverbrauch im Endausbau der vernetzten Stadt und Entwicklung von Modellen für energieeffiziente Netze durch die Stadt

Städtische Regulierung von Handymasten zur Reduktion von Elektrosmog, solange Auswirkungen auf Umwelt und Gesundheit nicht geklärt sind

Einsatz und Entwicklung von benutzerfreundlichen Open-Source-Lösungen für die gesamte Stadtverwaltung, mit dem Ziel eines kompletten Ausstiegs aus der Abhängigkeit von kommerzieller Software

Schulungen von städtischem Personal im Umgang mit Open-Source-Software

Ausbau des Rathausinformationssystems (RIS) zur übersichtlichen Präsentation sämtlicher Protokolle städtischer Gremien sowie von Haushaltsplänen und aktuellen Haushalten und sämtlichen Datenerhebungen, Gutachten und Studien im städtischen Auftrag

Online-Angebot quantitativer Daten in menschen- und maschinenlesbarer Form, um Aus- und Bewertung zu ermöglichen

Schaffung einer niederschweligen Kontaktmöglichkeit zur Informationsabfrage

Schaffung neuer Stellen zur Bearbeitung von Anfragen und zur Datensatzpflege

Nutzung von digitalen Angeboten zur Bürger*innenbeteiligung in der Breite (z.B. Web Apps)

Digitale Spaltung überwinden: kostenloses Schulungsangebot im Bereich Digitalisierung durch das Nürnberger Bildungszentrum für alle

Beschlossen durch die Kreisversammlung
DIE LINKE Nürnberg, Nachbarschaftshaus Gostenhof,
am 16.01.2020